P r o t o k o l l

Nr. 31

über die Verhandlungen des Grossen Gemeinderates von Zug

Dienstag, 8. September 2009

17.00 - 21.00 Uhr

im Kantonsratssaal, Regierungsgebäude

Vorsitz: Ratspräsidentin Isabelle Reinhart

Protokoll: Ruth Schorno

Verhandlungsgegenstände

1. Genehmigung der Traktandenliste und der Protokolle Nr. 29 vom 9. Juni 2009 und Nr. 30 vom 30. Juni 2009.
2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
3. Motion von Martin Eisenring, CVP, vom 23. Juni 2009 betreffend behindertengerechte Schulhäuser, Verwaltungsgebäude und weitere Häuser in städtischem Eigentum
Überweisung
4. Liegenschaft Neustadt 2: Umbau zu Alterswohnungen, Projektierungskredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2004.1 vom 10. März 2009
Bericht und Antrag der BPK Nr. 2004.2 vom 4. Mai 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2004.3 vom 8. Juni 2009
5. Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2007 betreffend Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleich über alle Zuger Gemeinden
Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 1997 betreffend Studienauftrag/Zentrumslasten und -nutzen
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2021 vom 10. März 2009
Ergänzender Bericht des Stadtrates Nr. 2021.1 vom 26. Mai 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2021.2 vom 8. Juni 2009

6. Motion der FDP-Fraktion vom 30. März 2009 betreffend Scheinzypressen auf der Friedhofanlage St. Michael
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2033 vom 16. Juni 2009
Ergänzender Bericht des Stadtrats Nr. 2033.1 vom 25. August 2009
7. Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. März 2009 betreffend Sicherheit in der Stadt Zug
Antwort des Stadtrates Nr. 2029 vom 19. Mai 2009
8. Postulat von Martina Arnold, CVP, Karl Kobelt, FDP, und Philip C. Brunner, SVP, vom 9. Juni 2009 betreffend neues Alters- und Pflegezentrum Frauensteinmatt
Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2040 vom 11. August 2009
9. Wirtschaftliche Sozialhilfe: Einsetzung eines Sozialinspektorats auf Mandatsbasis; Verpflichtungskredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2030 vom 9. Juni 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2030.1 vom 17. August 2009
10. Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug; Anpassung des Pensionskassen und des Personalreglements
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2031 vom 16. Juni 2009
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2031.1 vom 17. August 2009
11. Motion Fraktion Alternative-CSP vom 27. Februar 2008 betreffend 170 günstige Wohnungen
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2044 vom 25. August 2009
12. Postulat von Manuel Brandenburg, SVP, vom 7. April 2008 betreffend Entfernung der Verkehrsschikanen und Wiedereinführung der Busbuchten auf der Zugerbergstrasse
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2037 vom 23. Juni 2009
13. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, betreffend Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Finanzpolitik und das Budget 2009/2010 der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2035 vom 23. Juni 2009
14. Interpellation der SVP-Fraktion zur Zone Tempo 30 im Röteli
Antwort des Stadtrates Nr. 2034 vom 16. Juni 2009
15. Interpellation von Astrid Estermann, Alternative-CSP, vom 6. Juli 2009 betreffend Engagement der PR Agentur Nestro AG für die Abstimmungsbroschüre der Stadt Zug
Antwort des Stadtrates Nr. 2038 vom 11. August 2009

16. Interpellation Manuel Brandenburg, SVP, vom 3. August 2009 betreffend 1. August-Redner in der Stadt Zug, Dr. Oswald Sigg
Antwort des Stadtrats Nr. 2039 vom 11. August 2009
17. Mitteilungen

Eröffnung

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart eröffnet die heutige Sitzung und begrüsst nebst den Mitgliedern des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelt Gäste. Ein spezieller Gruss gebührt der ebenfalls anwesenden Vizepräsidentin des Kantonsrates, Vreni Wicky.

Für die Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Alice Landtwing, Hugo Halter und Nicole Kistler; die übrigen 37 Mitglieder des Grossen Gemeinderates sind anwesend.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Bild- und Tonaufnahmen während der Ratssitzung bedürfen der Zustimmung des Rates. Zug TV möchte während der heutigen Sitzung wiederum Aufnahmen machen und sie ins Internet stellen.

Dazu wird kein Gegenantrag gestellt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit den beantragten Ton- und Bildaufnahmen stillschweigend einverstanden ist.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Grosse Gemeinderat ist als Gast im Kantonsratssaal und hat sich an die herrschenden Gepflogenheiten zu halten. So ist beispielsweise Essen und Trinken im Ratssaal nicht gestattet. Kantonsratspräsident Bruno Pezzatti hat nun diese Vorschriften bezüglich Trinken etwas gelockert. Ab sofort darf Wasser aus dem Wassergefäss im Foyer in den Saal mitgenommen werden.

1. Genehmigung der Traktandenliste und der Protokolle Nr. 29 vom 9. Juni 2009 und Nr. 30 vom 30. Juni 2009

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die vorliegende Traktandenliste als stillschweigend genehmigt erscheint.

Protokoll Nr. 29 vom 9. Juni 2009:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart teilt mit, dass hiezu folgende Berichtigung eingegangen ist:

Patrick Steinle hat eine Überprüfung mittels Tonbandaufnahme betreffend einer Aussage von Stadtpräsident Dolfi Müller auf Seite 1542 verlangt. Stadtpräsident Dolfi Müller bestätigt, dass die im Protokoll wiedergegebene Aussage ihre Richtigkeit hat.

Protokoll Nr. 30 vom 30. Juni 2009:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Beim Votum von Patrick Steinle auf Seite 1668 steht falscherweise „Wohnhaus“. Richtig müsste es „Hochhaus“ heissen.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass keine weiteren Berichtigungen eingebracht werden. Die Protokolle Nr. 29 vom 9. Juni und Nr. 30 vom 30. Juni 2009 gelten somit als genehmigt.

2. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Interpellationen

Interpellation Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP betr. Engagement der PR-Agentur Nestro AG für die Abstimmungsbroschüre der Stadt Zug

Mit Datum vom 6. Juli 2009 hat Gemeinderätin Astrid Estermann namens der Fraktion Alternative-CSP folgende Interpellation eingereicht:

„Der Zuger Zeitung vom 1. Juli 2009 konnten wir entnehmen, dass die Medienmitteilung und Durchführung der Pressekonferenz am 8. Juni 2009, welche sich gegen Hanspeter Uster richtete, durch die Werbeagentur Nestro erfolgte. Der sehr teure Werbeauftrag wurde durch Andreas Huwyler und Irène Castell an die Firma vergeben. Auch die Stadt Zug hat die Nestro engagiert. Sie gestaltet jeweils die Abstimmungsbroschüre. Gemäss Handelsregisterauszug hat die Nestro AG ihren Sitz am Lüssiweg 43 in Zug. Zeichnungsberechtigter ist u.a. Rudolf Erwin Straub, der Ulrich Straub ablöste. Dazu stellen wir folgende Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Nestro AG im Besitz der Familie des Stadtrats Ulrich Straub ist und die Firma in einem Gebäude von Ulrich Straub tätig ist?
2. Wann wurde die Zeichnungsberechtigung von Ulrich Straub auf seinen Bruder Rudolf Erwin Straub übertragen?
3. Seit wann werden die Abstimmungsbroschüren der Stadt Zug von der Nestro AG verfasst?
4. Vergab die Stadt Zug in den letzten Jahren weitere Medienaufträge an die Nestro AG?
5. Erachtet es der Stadtrat nicht als stossend, wenn Medienaufträge der Stadt Zug an eine Firma vergeben werden, welche im Besitz oder Mitbesitz eines Stadtrates ist?
6. Ist der Stadtrat bereit, die Vergabe der Abstimmungsbroschüre oder weiterer Medienaufträge in Zug nicht mehr an die Nestro AG zu vergeben?

Wir bitten den Stadtrat um schriftliche Beantwortung unserer Fragen.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die Interpellanten verlangen die schriftliche Beantwortung ihrer Fragen. Diese liegt bereits vor und wird heute unter Traktandum 15 behandelt.

Interpellation Urs B. Wyss zum Erwerb der Liegenschaft Grabenstrasse 6

Mit Datum vom 22. Juli 2009 hat Gemeinderat Urs B. Wyss folgende Interpellation eingereicht:

„Die Gemeindeordnung ermächtigt den Stadtrat zum Kauf und Tausch von Grundstücken bis zu einem Betrag von CHF 5 Mio. im Einzelfall, unter dem generellen Vorbehalt, das der GGR einen genügend hohen Betrag im Voranschlag der Investitionsrechnung bewilligt hat. Mit dem Voranschlag 2008 hat der Grosse Gemeinderat einen Betrag von CHF 3 Mio. für „vorsorglichen Landerwerb“ bewilligt. Dem Jahresbericht 2008 (Seite 48)

ist zu entnehmen, dass der Stadtrat die Liegenschaft Grabenstrasse 6, GS 1160, zum Preis von CHF 3,475 Mio. erworben hat. Detailliertere Angaben zum erworbenen Objekt fehlen, und die Begründung „Arrondierung der stadteigenen Liegenschaften und im Zusammenhang mit der Büroraumplanung“ ist so rudimentär, dass mit einigen Fragen etwas mehr Licht ins Dunkel gebracht werden soll:

1. Wie gross ist das erworbene Grundstück (Lageplan)?
2. Wie hoch stellt sich der Preis
 - a) pro Quadratmeter Liegenschaftsfläche?
 - b) pro Quadratmeter Geschossfläche?
 - c) Pro Kubikmeter umbauten Raumes?
3. Wie ist der bauliche Zustand des Gebäudes? Wie hoch ist der Renovations- und Umbaubedarf?
4. Wie hoch werden sich die effektiven Raumkosten pro m2 Büroraum nach der Renovation des Gebäudes stellen? Wie sieht ein Vergleich der Raumkosten mit dem Haus Zentrum und mit Marktmieten an ähnlicher Lage aus?
5. Wie viele Wohnungen gehen mit dem Umbau zu einem Bürogebäude verloren?
6. Wie viele Büros können nach dem Umbau für die städtische Verwaltung bereitgestellt werden? Für welche Verwaltungsabteilungen eignen sich diese Büros längerfristig?
7. Wer ist der Verkäufer? Welche Servitute lasten auf dem erworbenen Grundstück?
8. Welches waren die Gründe der Verkäuferin für die Veräusserung der Liegenschaft, ausgerechnet in diesem Zeitpunkt? Stand die Abwicklung des Geschäftes unter besonderem Zeitdruck?
9. Wurde vor dem Kauf eine unabhängige Schätzung eingeholt? Mit welchem Ergebnis?
10. Der Voranschlagskredit von CHF 3 Mio. reichte nicht aus. Warum ersuchte der Stadtrat nicht um einen Nachtragskredit?
11. Wie wurde die erworbene Liegenschaft bilanziert (Finanz- oder Verwaltungsvermögen)?
12. Welchen längerfristigen strategischen Wert besitzt diese Liegenschaft für die Stadt Zug?

Der Interpellant dankt dem Stadtrat im Voraus verbindlich für die schriftliche Beantwortung.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Interpellant verlangt die schriftliche Beantwortung seiner Fragen. Der Stadtrat hat hiefür drei Monate Zeit, also bis zum 8. Dezember 2009.

Interpellation Manuel Brandenburg zum 1. August-Redner in der Stadt Zug, Dr. Oswald Sigg

Mit Datum vom 3. August 2009 hat Gemeinderat Manuel Brandenburg folgende Interpellation eingereicht:

„Anlässlich der öffentlichen 1. August-Feier 2009 der Stadt Zug sprach von 20.05 Uhr bis 20.20 Uhr Dr. Oswald Sigg, ehemaliger Bundesratssprecher und Vizekanzler der Schweizerischen Eidgenossenschaft, zum auf dem Landsgemeindeplatz versammelten Zuger Volk. Dr. Sigg sprach während rund 15 Minuten über die Möglichkeiten, das schweizerische politische System der direkten Demokratie zu reformieren. Dabei nahm er insbesondere Bezug auf die Möglichkeiten der elektronischen Technologie für Abstimmungen und Wahlen sowie die Problematik der Parteienfinanzierung durch Private. Dies vorausgeschickt, stelle ich dem Stadtrat die folgenden Fragen mit der Bitte um schriftliche Beantwortung innerhalb der von der Geschäftsordnung vorgesehenen Frist:

1. Dr. Oswald Sigg ist Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaft Comedia (www.wikipedia.org, besucht am 2. August 2009). Wusste der Stadtrat um die Mitgliedschaft von Dr. Sigg in der SP?
2. Wer beschloss, Dr. Sigg als 1.-August-Redner einzuladen?
3. Welches Honorar wurde Dr. Sigg für seine 15-minütige Rede bezahlt?
4. Dr. Oswald Sigg äusserte in seiner Rede, dass es problematisch sei, dass man mit grossem Einsatz von Geld in der direkten Demokratie mehr bewirken könne als mit wenig Einsatz von Geld. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass es sich bei dieser Analyse von Dr. Sigg um eine Binsenwahrheit handelt, kann man doch in einem freiheitlichen System mit viel Geld stets mehr bewirken als mit wenig Geld?
5. Dr. Oswald Sigg scheute sich nicht, parteipolitische Stimmungsmache zu betreiben, indem er festhielt, gerade jene Partei, die in den letzten Jahren ständig die Wahlen gewonnen habe, verfüge über sehr viel Geld.
 - 5.1. Teilt der Stadtrat die Auffassung, dass SP-Mitglied Sigg mit dem Verweis auf die Wahlerfolge nur die Schweizerische Volkspartei gemeint haben konnte?
 - 5.2. Findet es der Stadtrat richtig, wenn eine 1.-August-Feier, welche für die gesamte Bevölkerung organisiert wird, vom eingeladenen Redner für parteipolitische Stimmungsmache missbraucht wird?
 - 5.3. Hätte SP-Mitglied Sigg nach Ansicht des Stadtrates ähnlich sensibel auf die Parteienfinanzierung reagiert, wenn seine Partei, die SP, in den letzten Jahren mit Hilfe des ihr zur Verfügung stehenden privaten Geldes - etwa der Gewerkschaften - die Wahlen gewonnen hätte?
6. Machte der Stadtrat dem SP- und Gewerkschaftsmitglied Sigg Vorgaben für seine Rede? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum forderte der Stadtrat Dr. Oswald Sigg nicht auf, eine Rede ohne parteipolitische Stellungnahme zu halten?“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Interpellant verlangt die schriftliche Antwort seiner Fragen. Die stadträtliche Antwort liegt bereits vor und wird heute unter Traktandum 16 behandelt.

Interpellation Patrick Steinle namens der Fraktion Alternative-CSP zu Velo und Fussgängerverkehr in Zug West

Mit Datum vom 7. September 2009 hat Gemeinderat Patrick Steinle namens der Fraktion Alternative-CSP folgende Interpellation eingereicht:

„Ich bitte um schriftliche Beantwortung folgender Fragen zum sogenannten „Langsamverkehr“, dem nicht-motorisierten Individualverkehr:

1. Welchen Stellenwert hat der Fussgänger- und Veloverkehr für den Stadtrat im Zusammenhang mit Umweltschutz und Gesundheitsförderung?
2. Welche Massnahmen sieht der Stadtrat als prioritär an zur Förderung von Velo- und Fussgängerverkehr in der Stadt Zug? Teilt er die Ansicht, dass dazu sichere, direkte und komfortable Verbindungen nötig sind, und dass diese bei allen grösseren städtischen und privaten Bauvorhaben sicherzustellen resp..zu verbessern sind, und zwar durch frühzeitigen Einbezug in die Planung?
3. Wie beurteilt der Stadtrat beispielsweise die Veloführung auf der Achse General-Guisan-Strasse - Gubelstrasse?
 - a) Die kurze und enge Einmündung des Velowegs vor dem Kreisel Allmendstrasse?
 - b) Die Einmündung in den Kreisel Gubel-/Dammstrasse, im Sandwich zwischen Bus- und PKW-Spur?
 - c) Die Führung über die Kreuzung Gubel-/Baarerstrasse links der ebenfalls geradeaus fahrenden PKW-Spur?
4. Wie beurteilt der Stadtrat die Veloweg-Unterführung unter der Chamerstrasse beim Brüggli? Ist der Stadtrat bereit, sich beim Kanton für eine Verbesserung der Situation einzusetzen?
5. Weshalb wurde der für Kinderwagen, Rollstuhl- und Velofahrer schwierige Übergang über den alten Schleife-Bahndamm mit dem Bau des jenseits des Damms liegenden Spielplatzes noch verschlechtert und erst aufgrund einer Interpellation (Vorlage 1901) komfortabel passierbar gemacht?
6. Weshalb wurde geplant, den häufig genutzten Fussgänger- und Veloübergang über die Allmendstrasse auf der Achse Weststrasse - Hertizentrum nördlich des Kreisels zu verlegen, obwohl dies einen grossen und gefährlichen Umweg über insgesamt acht Fahrspuren bedingt hätte? Weshalb bedurfte es einer Intervention des Quartiervereins Zug West, damit nach Fertigstellung des Eisstadions die bisherige direkte Querung wieder hergestellt wird?
7. Weshalb mussten beim Bebauungsplan Foyer Verbesserungen bei der Velo- und Fussgängererschliessung vom Kanton verlangt werden?
8.
 - a) Weshalb verfügt die grösste städtische Siedlung, der Feldhof, 5 Jahre nach Bezug der ersten Wohneinheiten und 4 Jahre nach Einreichung einer kleinen Anfrage des Interpellanten (Vorlage 1843), in der auf die Situation hingewiesen wurde, noch immer über keine Fussgängeranbindung (Fussgängerstreifen) zum Rest der Stadt?
 - b) Wann erfolgte die in der Beantwortung der kleinen Anfrage versprochene Re-Evaluation der Situation, welche Schlüsse wurden gezogen?
 - c) Teilt der Stadtrat die Ansicht des Interpellanten, dass aufgrund der verzögerten Einführung von Tempo 30 auf der Feldstrasse zumindest provisorische Fussgängerstreifen markiert werden sollten, aufgrund der zu erwartenden starken Verkehrszunahme noch vor Eröffnung der Nordzufahrt?

- d) Versteht der Stadtrat, dass ein Kindergarten- und Schulweg über einen als Buswendeschleife benutzten Parkplatz und ohne Fussgängerstreifen nahe bei einer scharfen, unübersichtlichen Kurve über die Strasse „An der Lorze“ von den meisten Eltern als nicht zumutbar erachtet wird?
9. Die Einführung von Tempo 30 auf der Feldstrasse und auf Teilstrecken im Herti-Quartier (Eichwaldstrasse, St. Johannes-Strasse, Teile Allmendstrasse) wurde vom Regierungsrat abgelehnt, gemäss Begründung aufgrund der nicht vorgesehenen baulichen Massnahmen zur Temporeduktion. Die Einführung von Tempo 30 auf diesen Strassenabschnitten wurde von über 800 Petitionären gefordert, Beschwerde erhoben haben nur wenige Einzelpersonen. Mit der Eröffnung der Nordzufahrt muss mit einer starken Zunahme des Schleichverkehrs gerechnet werden. Wichtige Schulwegquerungen sind betroffen. Angesichts dieser Ausgangslage und der klaren Begründung des Regierungsrates, die vermuten lässt, dass ein Projekt mit baulichen Massnahmen zur Temporeduktion ohne weiteres genehmigt würde: Ist ein solches bereits in Ausarbeitung, wann kann endlich mit der Einführung von Tempo 30 im Herti-Quartier und auf der Feldstrasse gerechnet werden, welche verkehrsberuhigenden und Sicherheit fördernden Massnahmen werden in der Zwischenzeit ergriffen?
10. Weshalb wird bei Strassenbauarbeiten - wie derzeit beispielsweise auf der Dammstrasse - der Einrichtung und Signalisation von provisorischen Fussgänger- und Veloführungen so wenig Gewicht beigemessen? Herrscht das Motto vor: Die kommen ja schon irgendwie durch?
11. Versteht der Stadtrat, dass der Eindruck entsteht, die für Velo- und Fussgängerverkehr zuständigen städtischen Stellen seien zu wenig aktiv oder würden innerhalb der Verwaltung oder vom Stadtrat zu wenig unterstützt?
12. Welche Schritte gedenkt der Stadtrat zu unternehmen, damit künftig bei grösseren Bauvorhaben optimale Fussgänger- und Veloverbindungen von Anfang an in die Planung einfliessen und eine hohe Priorität geniessen? Welche Schritte gedenkt er zu unternehmen, um die vielen, oft kleinen, aber in der Summe störenden bestehenden Hindernisse für Fussgänger und Velofahrer zu beseitigen?"

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Interpellant wünscht schriftliche Beantwortung seiner Fragen. Der Stadtrat hat hiefür drei Monate Zeit.

Postulate

Postulat Rupan Sivaganesan: Städtisches Angebot verbilligter SBB-Tageskarten erweitern und verbilligen

Mit Datum vom 6. Juli 2009 hat Gemeinderat Rupan Sivaganesan folgendes Postulat eingereicht:

„Die Stadt Zug ist aufgefordert,

- a) zu überprüfen, die Anzahl ihrer aktuell täglich 14 ausgestellten verbilligten Bahn-Tageskarten zu erhöhen

- b) Den Betrag für eine dieser Tageskarten von aktuell CHF 34.-- auf CHF 30.-- zu senken - auf ein Preisniveau, wie es etwa die Gemeinden Baar, Steinhausen und Walchwil festgesetzt haben.

Begründung:

Um ihre KundInnen zurzeit von Wirtschaftskrise und Rezession, in der beispielsweise viele Firmen bereits Kurzarbeit angemeldet haben, nicht zusätzlich zu belasten, verzichtet die SBB aktuell auf ihre ursprünglich geplante Tarifierhöhung. Die SBB begründet diese Massnahme damit, dass der öffentliche Verkehr in der Schweiz auf diese Weise einen spürbaren Beitrag zum Erhalt der Kaufkraft der Bevölkerung leisten wolle. Die Stadt Zug sollte diesbezüglich den Anschluss nicht verpassen und eine Erweiterung, respektive Verbilligung ihrer verfügbaren SBB-Tageskarten als eine von etlichen Massnahmen ergreifen, um etwa Familien mit Kindern oder RentnerInnen im Alltag von den spürbaren Auswirkungen der Krise zu entlasten.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die Überweisung dieses Postulates für die nächste GGR-Sitzung traktandiert wird.

Postulat Marcel B.F. Uhr-Scherer namens der FDP-Fraktion: Öffentlich zugängliches gratis WLAN in der Stadt Zug -

Mit Datum vom 7. September 2009 hat Gemeinderat Marcel B.F. Uhr-Scherer namens der FDP-Fraktion folgendes Postulat eingereicht:

„Der Stadtrat der Stadt Zug wird beauftragt, in der Stadt Zug ein öffentlich zugängliches gratis WLAN einzurichten.

Begründung:

Ausgangslage: Das Internet hat sich in den letzten Jahren definitiv als das Kommunikationsmittel der Gegenwart sowie der Zukunft durchgesetzt. Es ist unverzichtbar für den alltäglichen Gebrauch geworden. Alt wie auch Jung benutzen das Internet mit stetiger Zunahme. In der Schweiz haben in den vergangenen Jahren Städte begonnen, einen gratis Internetzugang an bestimmten Orten zugänglich zu machen. So kann man zum Beispiel in St. Gallen und in Luzern im öffentlichen Raum kabellos auf das Internet zugreifen (sogenanntes „WLAN“). Die Stadt Zug verfügt zurzeit über kein solches Angebot.

Was ist WLAN? Wie funktioniert der Zugriff? Mittels WLAN kann öffentlich ohne Kabelverbindung auf das Internet zugegriffen werden. Anhand des Luzerner WLAN lässt sich der Zugriff wie folgt erklären: Um sich mit einem WLAN verbinden zu können, muss aus den verfügbaren Netzen ausgewählt werden. In Luzern erscheint beim Aufrufen einer beliebigen Internetseite im Browser die Landing Page von Luzern. WLAN. Nach dem Anklicken eines Logos eines Werbepartners gelangt der Benutzer zur Registrierung und kann sodann im Internet surfen. Um Missbrauch zu verhindern ist auf der ersten Nutzung des kostenlosen Zugang eine einmalige kostenlose Registrierung per SMS erforderlich. Diese dauert weniger als 30 Sekunden. Es werden keine Daten an

Dritte weitergegeben. Bei jedem weiteren Login wird das Gerät wieder erkannt, da die Registrierung mittels eines Cookie festgehalten wird. Nach der erfolgreichen Registrierung hat der Nutzer 90 Minuten kostenlosen Zugang zum Luzerner WLAN. Nach Ablauf dieser Zeit gelangt er automatisch wieder auf die Startseite. Nach dem Klick auf das Logo eines Werbepartners kann beliebig lang weitergesurft werden.

Vorteile: Die Vorteile liegen auf der Hand. Zunächst kann dem wachsenden Bedürfnis, an öffentlichen Orten kabellos auf das Internet zugreifen zu können, nachgekommen werden. Auch wird dadurch der öffentlich zugängliche Raum in der Stadt Zug attraktiver und lädt zum Verweilen in Kaffees, Restaurants und im Freien ein. Auch könnte die Stadt Zug so im Wettbewerb mit den anderen schweizerischen Städten mitziehen und die Lebensqualität steigern.

Dieses Postulat wird auf Anregung der Jungfreisinnigen Zug durch die FDP-Fraktion eingereicht.“

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die Überweisung dieses Postulates wird für die nächste Sitzung des GGR traktandiert.

3. Motion von Martin Eisenring, CVP, vom 23. Juni 2009 betreffend behindertengerechte Schulhäuser, Verwaltungsgebäude und weitere Häuser in städtischem Eigentum Überweisung

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf Seite 1615 f. des GGR-Protokolls Nr. 30 der Sitzung vom 30. Juni 2009.

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die Motion stillschweigend an den Stadtrat überwiesen wird. Dieser hat 12 Monate Zeit, hierzu einen Bericht und Antrag zuhanden des GGR auszuarbeiten.

4. Liegenschaft Neustadt 2: Umbau zu Alterswohnungen, Projektierungskredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2004.1

Bericht und Antrag der BPK Nr. 2004.2

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2004.3

Ergänzter Terminplan auf Wunsch der GPK

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Stefan Moos, Vertreter der BPK, hätte nicht gedacht, dass sein Auftritt als Vorsitzender der BPK so lange andauern werde. Dazu hat aber auch die Sommerpause das ihrige dazu beigetragen. Es ist also schon geraume Zeit vergangen, seit die BPK dieses Geschäft behandelt hat. Die BPK hat mit 6:2 Stimmen dem Rat die Annahme dieser Vorlage empfohlen. Trotzdem war dieses Geschäft ziemlich umstritten und hat einige wichtige Fragen aufgeworfen, z.B.

- Können diese Alterswohnungen beispielsweise in diesem Preissegment vermietet werden?
- Finden sich hierfür die nötigen Interessenten?
- Ist es noch Aufgabe der Stadt, Alterswohnungen in diesem Segment anzubieten?
- Entspricht das Projekt überhaupt noch den Vorgaben des Wettbewerbes, nämlich günstige Alterswohnungen zu realisieren?

Offenbar hat das Projekt schlecht angefangen. Und wie so oft bei solchen Projekten, bleibt der Wurm bis zum Schluss drin. Stefan Moos fragt sich langsam, ob es sich hier um einen Schrecken ohne Ende handelt, oder ob nicht besser ein Ende mit Schrecken gefordert werden sollte? In der Planungsphase ist auf jeden Fall der Stadtrat gefordert, diesen Wurm wieder rauszubringen, nicht dass am Schluss, bzw. vor dem Baukredit wieder eine Planungsleiche verabschiedet werden muss.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Jede Medaille hat zwei Seiten, und jedes Bauvorhaben der Stadt Zug hat seine Vorzüge und Nachteile. Beim Umbau des Schulhauses Neustadt 2 zu einem Gebäude mit Alterswohnungen sind die Vorteile für jedermann klar ersichtlich:

1. Die Nähe zum Altersheim Neustadt beinhaltet ein offensichtliches Synergiepotenzial.

2. Der Bedarf an zusätzlichen Alterswohnungen kann innert nützlicher Frist abgedeckt werden.

Die Nachteile sind leider auch nicht zu übersehen:

1. Anstatt wie ursprünglich vorgesehen Wohnungen im preisgünstigen Segment, wird es nun solche im oberen Preissegment geben – und dies trotz der doppelten Vergünstigung beim anrechenbaren Bodenpreis.
2. Ein an sich voll funktionsfähiges Schulgebäude wird aufgegeben.

Einmal mehr zeigt es sich, dass vor der Ausschreibung eines Architekturwettbewerbs oder – wie in diesem Fall – einem Studienverfahren die Gesamtsituation und die Bedürfnisse genauer evaluiert und die Wettbewerbsvorgaben extrem präzise festgelegt werden müssen. Diesbezüglich wird – das ist auch die Bitte von Urs B. Wyss an die Bau- und Planungskommission - die BPK in Zukunft ein verschärftes Augenmerk auf die in den Besteller-Departementen geleisteten Vorarbeiten richten müssen. Ansonsten läuft man Gefahr, dass man von Mal zu Mal in einem späteren Zeitpunkt, gelegentlich wohl auch zu spät, mit einem schlechten Gewissen aus den Träumen gerissen wird. Mit diesen Bemerkungen verweist Urs B. Wyss auf den schriftlichen Bericht der GPK und beantragt im Namen der GPK Eintreten und Zustimmung zum Antrag des Stadtrates, mit der von der GPK vorgeschlagenen Änderung in Ziff. 3 des Beschlussesentwurfs.

Stadträtin Andrea Sidler Weiss: Alle sind sich wohl einig, dass die Stadt Zug weitere Alterswohnungen braucht. Dazu eine aktuelle Zahl: Zurzeit sind 160 Personen auf der Warteliste. Es braucht also dringend neue Alterswohnungen. Einigkeit herrscht offenbar auch darüber, dass Alterswohnungen nicht irgendwo am Rand unserer Stadt gebaut werden sollten. Man ist es den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die nicht mehr so mobil sind, schuldig, dass sie in Zentrumsnähe wohnen können. Dort, wo sie auch einkaufen, dort, wo ein gutes Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln vorhanden ist, dort, wo sie auch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, dort wo die Infrastruktur eines Altersheim benützt werden kann. Stadträtin Andrea Sidler möchte nun die vielen weiteren positiven Aspekte dieser Vorlage im Hinblick auf die nachfolgenden Diskussionen kurz zusammenzufassen: Die Lage der Liegenschaft Neustadt 2 ist geradezu ideal, um sie für Alterswohnungen umzunutzen:

- Wie bereits erwähnt, liegt sie unmittelbar neben dem Alterszentrum Neustadt.
- Die Mieterinnen und Mieter haben die Möglichkeit, von den diversen Dienstleistungen des Alterszentrums Neustadt bei Bedarf Gebrauch zu machen: sei dies bei einem Notfall, zur Besorgung der Wäsche, für Mahlzeiten usw.
- Mit der Aufstockung entstehen in den drei Obergeschossen 18 Alterswohnungen mit einem zeitgemässen Ausbaustandard, zehn 2.5-Zimmer-Wohnungen und acht 3.5-Zimmer-Wohnungen
- Die ehemalige Zivilschutzanlage im Untergeschoss kann mit dem Umbau für Parkplätze und Archivräume genutzt werden.
- Mit den im Erdgeschoss vorgesehenen Räumen für Arzt- und Physiotherapie-Praxen erhält das bestehende Dienstleistungsangebot im Quartier eine Ergänzung.

- Die vorgesehene Umnutzung mit einem Umbau ist kostengünstiger als ein Neubau.
- Nach dem Umbau erreicht das Gebäude den Minergie-Standard.
- Es besteht eine ausgewiesene Nachfrage nach Alterswohnungen in einem mittleren Preissegment. In diesem Zusammenhang abschliessend noch folgende Bemerkung: In den bisherigen Diskussionen in diesem Rat wie auch in den Kommissionen wurde ausgeführt, dass es sich bei den vorgesehenen Mietpreisen nicht um ein mittleres, sondern ein oberes Preissegment handeln würde. Stadträtin Andrea Sidler Weiss bittet die anwesenden Mitglieder des GGR, sich demnächst einmal ein paar Minuten Zeit zu nehmen und die Mietangebote im Zuger Amtsblatt zu studieren. Dabei werden sie schnell feststellen, dass die hier vorgesehenen Mietpreise – für neue Wohnungen an einer guten Zentrums- lage – sehr wohl im mittleren Preissegment liegen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass die Wohnungen auch problemlos vermietet werden können. Stadträtin Andrea Sidler erinnert dabei an die erwähnte Warteliste.

Das Umbauprojekt überzeugt städtebaulich und architektonisch, es ist ein Gewinn für das Neustadt-Quartier. Der Umbau der Liegenschaft Neustadt 2 zu Alterswohnungen ist notwendig. Das vorliegende Projekt wurde gemäss den Anforderungen der Bau- und Planungskommission optimiert. 18 Alterswohnungen sind beim heutigen ausgewiesenen Bedarf zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Aber sie sind zumindest ein Anfang, um diesem Bedarf in Zukunft auch wirklich entsprechen zu können.

Stadtrat Hans Christen: Die Wohnungsmieten wurden kritisiert. Die GPK hat einerseits beantragt, den Landpreis auf CHF 600.--/m² festzusetzen. Dieser Antrag, welcher auf die Mietzinse nicht so viel ausmachen würde, wurde vom Stadtrat an der Kommissions-sitzung entgegen genommen. Aus der Presse war aber zu entnehmen, dass der Bundesrat den Referenzzins von 3,25 auf 3 % gesenkt hat. Es ist auch voraussehbar, dass im Frühjahr der Referenzzins auf 2,75 % gesenkt wird. Zurzeit herrscht also bezüglich Mietzinse ein sehr volatiles Umfeld. Die Abteilung Immobilien ist beauftragt worden, diese CHF 600.--/m² einzusetzen und anstatt 5 % Bruttorendite einen Kapitalisierungssatz von 4,5 % anzunehmen. Dies führt zu einer durchschnittlichen Verbilligung einer Wohnung von CHF 500.--. In der Vorlage sind die 2,5-Zimmerwohnungen zwischen 54 und 58 m² mit einem Mietzins von CHF 1'800.-- bis CHF 2'200.-- aufgeführt. Mit dieser neuen Berechnung würde sich der Mietzins für diese Wohnungen auf CHF 1'300.-- bis CHF 1'700.-- reduzieren. Für die 3,5-Zimmerwohnungen (73 - 86 m²) würde der Mietzins von CHF 2'300.-- bis CHF 3'000.-- auf CHF 1'800.-- bis CHF 2'500.-- reduziert. Die neue Berechnung hat sich aufgrund der wirtschaftlichen Lage durchaus gelohnt. Diese Erkenntnisse müssen in die Überlegungen bezüglich Mietzinse miteinbezogen werden. Diese Ausgangslage ist völlig neu. Stadtrat Hans Christen war erstaunt, dass Stefan Moos als BPK-Vertreter vor allem die finanztechnischen Probleme untersucht hat. Dies wäre an sich eine Aufgabe der GPK. Nichtsdestotrotz ist zur Kenntnis zu nehmen, dass bei einem nochmals sinkenden Referenzzinssatz die jetzt erwähnten Mietzinse sich nochmals reduzieren würden.

Stadtrat Andreas Bossard zitiert kurz das Alterskonzept der Stadt Zug: Der Stadtrat möchte im Schatten jeden Altersheimes auch Alterswohnungen bauen. Es ist fast überall gelungen. In Oberwil gibt es städtische Alterswohnungen. Im Herti hat die Korporation Alterswohnungen in unmittelbarer Nähe zum Altersheim erstellt. Im Frauenstein sind 36 Alterswohnungen bewilligt. Die Warteliste allein für Frauenstein beinhaltet heute schon mehr als 36 Personen. Beim Neustadt sind auch Alterswohnungen sehr gewünscht. Ältere Personen wünschen Sicherheit. Das Sicherheitsgefühl gibt Lebensqualität. Diese Lebensqualität nimmt gerade bei einzelnen Personen ab, wenn sie die Sicherheit nicht spüren. Aus diesen Gründen empfiehlt der Stadtrat sehr, diese Alterswohnungen - auch wenn sich die Mietzinse im mittleren Preissegment befinden - zu bewilligen. Isolierte Alterswohnungen wie z.B. im Bergli sind problematisch, da hierfür eigene Sicherheitskonzepte aufgebaut werden müssen. Die Bewohner der Alterswohnungen werden immer älter. So wohnen im Bergli zahlreiche Personen, die bereits über 90 Jahre alt sind. Hier ist täglich eine Überprüfung notwendig, ob alles in Ordnung ist. Diese Überprüfung ist bei den anderen Alterswohnungen nicht nötig.

Cornelia Stocker: Das vorliegende Projekt als solches mag die FDP-Fraktion noch einigermassen zu überzeugen. Wären nicht andere Vorgaben gesetzt und eine andere Idee bezüglich preisgünstigem Wohnungsbau zur Diskussion gestanden, so könnte sie zustimmen. Es ist aber schlicht etwas anderes bestellt worden als jetzt vorliegt. Offensichtlich können an diesem Standort keine preisgünstigen Wohnungen realisiert werden. Da fragt sich die FDP-Fraktion schon: War man wieder einmal zu blauäugig, ist man zu unprofessionell vorgegangen oder hat man nicht richtig begonnen. So oder so scheint irgendwas schief zu laufen. Der Wurm ist bereits jetzt drin. Aufgrund von gemachten Erfahrungen hat die FDP-Fraktion ein schlechtes Bauchgefühl. Manchmal ist eben das Bauchgefühl doch das Beste. Leider ortet die FDP-Fraktion auch im Alterswohnungsbau eine gewisse Konzeptlosigkeit des Stadtrates. Ein Leitbild allein reicht einfach nicht. Dass etwas im Alterswohnbau getan werden muss, ist unbestritten. Unklar sind jedoch Fragen über die benötigte Zahl solcher Wohnungen, Nachfrage, Kosten, Preissegmente, die Rolle der Stadt und privater Investoren etc. Es ist höchst bedauerlich, dass Altersresidenzen im gehobenen Segment, die von privater Seite im Projekt Belvedere vorgesehen waren, abgewürgt wurden und nun die Stadt in diesem Segment aktiv werden soll. Aufgrund der Erkenntnis, dass keine preisgünstigen Wohnungen im Neustadt 2 möglich sind, hat sich die FDP-Fraktion ernsthaft mit dem Gedanken auseinandergesetzt, auf Verkauf der Liegenschaft zu plädieren. Eine Auflage zur Realisierung von Alterswohnungen im gehobenen Standard hätte dabei in Betracht gezogen werden können. Von dieser Idee ist die FDP-Fraktion jedoch wieder abgekommen, denn Objekte dieser Art verlangen nach mehr Umschwung, damit eine Residenz mit parkähnlichem Charakter realisiert werden könnte. Man muss sich einmal mehr bewusst sein, dass ein Erstellen von Wohnungen, insbesondere im gehobeneren Segment, keine staatliche Kernaufgabe ist. Einzig unter dem Aspekt eines längerfristigen soliden Investments für die Stadt hätte die FDP-Fraktion über ihren liberalen Schatten springen und die vorliegende Idee mittragen können. Doch schon liegen erste Forderungen von links auf dem Tisch, wonach der Landwert auf CHF 600.--/m² festgesetzt wird. So etwas

lehnt die FDP-Fraktion entschieden ab. Ja, das hat das Fass bei ihr zum Überlaufen gebracht, und sie ist gekehrt. Der FDP-Fraktion passt zu viel an dieser Vorlage nicht. Nach langem Abwägen ist man zum Schluss gekommen, dass die Lokalität besser weiterhin dem Zweck der Bildung belassen bleibt. Ersten tut die Konkurrenz der Privatschulen den staatlichen Schulen nur gut. Zweitens widerstrebt es der tiefen liberalen Überzeugung, Wohnungen im mittleren bis oberen Segment mit subventioniertem Landpreis zu erstellen. Wer hätte überhaupt Anrecht darauf? Fragen über Fragen, die der Stadtrat offen lässt. Deshalb lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Die FDP-Fraktion wird die Vorlage zurückweisen.

Karin Hägi: Zur Erinnerung einen Ausschnitt aus dem Protokoll für den Studienauftrag vom 3. April 2007: „zwei wesentliche Rahmenbedingungen sind Bestandteil des Auftrags: einerseits ist es Aufgabe der öffentlichen Hand, kostengünstigen Wohnraum für Betagte zur Verfügung zu stellen, andererseits möchte Zug eine klare Haltung im Bereich der Energiepolitik manifestieren (Minergie-Standard).“ Folgerichtig lauteten die Zielsetzung und Rahmenbedingungen des Studienwettbewerbs: „Damit die Wohnungen im Rahmen der Wohnbauförderungsprogramme von Bund und Kanton vermietet werden können, müssen die diesbezüglichen Kosten innerhalb der Anlagekostenlimiten des Bundesamtes für Wohnungswesen respektive des Wohnbauförderungsgesetzes liegen.“ Im Bericht und Antrag des Stadtrates vom 25. November 2008 ist weiterhin von „preisgünstigen Alterswohnungen“ und „Minergie-Standard“ die Rede. Die Vorlage wurde damals von der BPK zurückgewiesen, mit dem Hinweis, dass das Projekt für den preisgünstigen Wohnungsbau zu teuer sei. Zudem erfülle das Projekt den Minergie-Standard nicht. Im Ergänzungsbericht klärte der Stadtrat dann auf: „Die Jury war sich aufgrund der Kostenvergleiche des Büros für Bauökonomie bewusst, dass mit dem ausgewählten Projekt auch höhere Baukosten anfallen und die Anlagekostenlimiten des WFG nicht eingehalten werden können.“ Fazit: Realisation von preisgünstigen Alterswohnungen nicht möglich - neue Zielsetzung: Alterswohnungen mit gehobenem Standard. Wieso hielt sich die Jury nicht an ihre eigenen Zielvorgaben? Führte dies zu einer ungleichen Ausgangslage für die eingereichten Projekte? Wären mit einem anderen Projekt gar preisgünstige Wohnungen möglich? Wurde das falsche Projekt ausgewählt? Aufgrund der Machbarkeitsstudie vom 2. September 2006 schienen preisgünstige Alterswohnungen durchaus realisierbar und wurden deshalb im Studienauftrag auch so als Zielsetzung formuliert. Mit nur 18 geplanten Wohnungen ist der Anlagewert pro Wohnung 50 bis 100 % höher als die Grenzwerte der Wohnbauförderung. Den Landwert von CHF 1'200.-- auf CHF 600.--/m² zu senken, wie die GPK beantragt, ist eine logische Konsequenz. Wieso nicht gar auf CHF 500.--/m², wie im Studienauftrag definiert? Da die Landkosten aber nur rund 14 % der Anlagekosten ausmachen, bleiben diese vermutlich immer noch viel zu hoch für Subventionen. Die BPK korrigierte die Alterswohnungen ehrlicherweise vom mittleren ins obere Preissegment. Für die SP-Fraktion fing diese Geschichte gut und viel versprechend an, nahm aber eine unglückliche und für sie unakzeptable Wendung. Gerne hätte man den Stadtrat bei der Umsetzung von preisgünstigen Alterswohnungen unterstützt. Zu Wohnungen im mittleren Preissegment könnte die SP-Fraktion sich vermutlich auch bekennen, aber beim nun vorliegen-

den oberen Preissegment hört ihre Solidarität mit diesem Projekt auf. Der Bedarf an Alterswohnungen ist unbestritten in jeder Preisklasse hoch, aber die Aufgabe der öffentlichen Hand ist es, kostengünstigen Wohnraum für Betagte zur Verfügung zu stellen. Diese Aussage steht so im Studienauftrag, und deshalb haben die Jury und auch der Stadtrat den selber gestellten Auftrag nicht eingehalten. Die SP-Fraktion beantragt angesichts der extremen Richtungsänderung die Rückweisung des Geschäfts. Dies zur Überarbeitung, mit dem Ziel, Alterswohnungen im Rahmen der Wohnbauförderungsprogramme von Bund und Kanton zu erstellen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erkundigt sich, ob der Antrag der FDP-Fraktion auf Rückweisung lautet.

Cornelia Stocker: Die FDP-Fraktion beantragt Ablehnung. Sollte dieser Antrag jedoch nicht gutgeheissen werden, wird noch ein Eventualantrag gestellt werden.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Wenn jetzt keine Stimmen mehr zur Rückweisung erfolgen, wird nun über diesen Antrag abgestimmt.

Stefan Hodel: Alle wissen, dass eine Teilrevision der GSO ansteht. In der neuen GSO ist vorgesehen, dass bei Rückweisungsanträgen zuerst die Fraktionen angehört werden und erst nachher über den Rückweisungsantrag entschieden wird. Stefan Hodel macht beliebt, auch beim vorliegenden Geschäft zuerst alle Fraktionen anzuhören und erst anschliessend über den Rückweisungsantrag abzustimmen. Es wäre durchaus sinnvoll, jetzt vor der Abstimmung über die Rückweisung noch die SVP- und CVP-Fraktion zu hören.

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion ist mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Die neue GSO ist noch nicht in Kraft. Die SVP-Fraktion hält sich an das jetzige Gesetz. Der GGR sollte dies entsprechend sauber vorleben. Sobald die neue GSO in Kraft ist, kann der GGR entsprechend dem Vorschlag von Stefan Hodel vorgehen. Es ist korrekt, jetzt noch allfällige Stimmen zum Rückweisungsantrag anzuhören und anschliessend darüber abzustimmen.

Martin Spillmann, Präsident BPK: Wenn das Geschäft nun einfach zurückgewiesen wird, erhält der Stadtrat keinen Auftrag. Der Stadtrat wird dann möglicherweise mit günstigeren Lösungen oder einem modifizierten Projekt wieder vor den GGR gelangen. Wer dieses Vorgehen als gut befindet, soll nun dem Rückweisungsantrag zustimmen. Martin Spillmann würde aber eine andere Lösung vorziehen. Wer seinen Unmut noch äussern und allenfalls neue Ideen darlegen möchte, müsste nun den Rückweisungsantrag ablehnen. Dies nicht, weil man a priori gegen die Rückweisung ist, sondern weil sich der GGR mit der Rückweisung die Möglichkeit nimmt, den Stadtrat auf eine bessere Bahn zu leiten. Martin Spillmann empfiehlt daher, die Rückweisung abzulehnen. Das hat nichts mit dem Antrag der SP-Fraktion direkt zu tun, sondern der GGR kommt mit Sicherheit weiter, wenn er die Diskussion jetzt noch etwas weiter führt.

Martina Arnold unterstützt den Vorschlag von Stefan Hodel. Es ist nicht fair, wenn nicht die Meinung aller Fraktionen gehört werden, um sich so ein besseres Bild machen zu können. Alte Geschäftsordnung hin oder her!

Abstimmung

über den Rückweisungsantrag von Karin Hägi namens der SP-Fraktion:

Für den Rückweisungsantrag der SP-Fraktion stimmen 6 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 30 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR den Rückweisungsantrag von Karin Hägi namens der SP-Fraktion mit 6:30 Stimmen abgelehnt hat. Also kann nun die Detailberatung fortgesetzt werden.

Ignaz Voser ist etwas konsterniert und nach dem eingehenden Studium der Unterlagen erstaunt, wie hier mit einem guten Projekt und getaner Arbeit umgegangen wird, wie man etwas auch schlecht redet. Ignaz Voser hat weder Würmer noch den grossen Wurm gefunden. Die Fraktion Alternative-CSP wird nach den Ferien die Fahne nicht in eine andere Windrichtung hängen. Um es vorweg zu nehmen: Das Projekt kann nur gelobt werden. Die Fraktion Alternative-CSP war sich schnell einig, dass dieses überzeugende Projekt einstimmig unterstützt werden kann. Es scheint einmal alles zu stimmen. Das richtige Gebäude am richtigen Ort mit der bestmöglichen Nutzung zu akzeptablen Kosten sowie einer vorbildlichen Gesamtwirkung für die nähere Umgebung im Quartier. Alterszentrum und Alterswohnungen ergänzen sich an diesem Ort bestens. Die zentrale Lage im Neustadtquartier ist ideal. Wer umnutzt, der vollzieht auch immer einen Richtungswechsel. Das ist durchaus richtig. Man kann in diesem Zusammenhang durchaus von einem Glücksfall sprechen. Dies wurde jedoch erst möglich nach der Rückweisung und Überarbeitung der ersten Vorlage und dem Entscheid, das bestehende Gebäude aufzustocken. Erst damit hat man die Grundlagen für das nun vorliegende überzeugende Projekt geschaffen. In diesem Zusammenhang möchte die Fraktion Alternative-CSP dem Stadtrat sowie der umsichtigen Bau- und Planungskommission und allen voran Martin Spillmann herzlich danken für das entscheidende Mitwirken. Dieser Zwischenschritt war entscheidend, und wie das Resultat zeigt, richtig. Wenn der Slogan von Benedikt Loderer stimmt, dass gute Architektur gute Bauherren erfordert oder eben, wie im vorliegenden Fall, einen Besteller mit klaren Vorstellungen, dann trifft das hier nach dem zweiten Anlauf bestimmt zu. Durch die Aufstockung wird das heute bestehende, etwas eingeklemmt und gedrungen wirkende Schulhaus passend ins Quartier eingebunden. Weiter werden die Anzahl und Qualitäten der Wohnungen sowie last but not least die Wirtschaftlichkeit des Umbaus entscheidend erhöht. Die gekonnte Abtreppe nach oben hin nimmt dem Gebäude die optische Schwere und lässt mehr Licht zwischen die Gebäude und die Wohnungen strömen. Das ist vorbildlich. Hier kann man wirklich von einem guten Städtebau sprechen. Das hat man zwar beim Haus Zentrum auch getan. Da hat es aber nicht zugetroffen. Die Fraktion der Alternative-CSP

möchte sich aus diesen Gründen dem Antrag der GPK und der BPK sowie dem Bericht und Antrag des Stadtrats überzeugt anschliessen und ersucht die Anwesenden, es gleichzutun. Die Fraktion Alternative-CSP freut sich auf eine baldige und zügige Realisation und hofft, dass das vorgegebene Terminprogramm eingehalten werden kann. Als einzigen Wehrmutstropfen erachtet die Fraktion Alternative-CSP, dass es auch nach der Realisation dieser 18 überfälligen Alterswohnungen leider immer noch zu wenige Alterswohnungen geben wird. Die Fraktion Alternative-CSP ersucht, diesem gelungenen Projekt die volle und vorbehaltlose Unterstützung zukommen zu lassen und den Projektierungskredit gutzuheissen. Zum Schluss noch folgende Anmerkung: „Bitte unterlassen Sie es nun, hinzugehen und die WC-Anlagen oder die Anzahl Waschmaschinen zu zählen. Lassen Sie es gut sein, vertrauen wir dem Projektteam und den ausgezeichneten Architekten. Unterstützen Sie diese, wie es unser Parlament tun sollte - mit den richtigen Rahmenbedingungen und den entsprechenden weiteren Budgetfreigaben.“

Philip C. Brunner: Eine spannende Debatte! Es treffen tatsächlich fundamental verschiedene Auffassungen für das gleiche Projekt aufeinander. Zuerst einmal begeben sich drei Stadträte in Front, dann folgt das übliche Schauspiel des Stadtrates, indem an der Sitzung wieder neue Zahlen präsentiert werden. Das erinnert an Vorfälle, die in diesem Parlament in diesem Jahr auch schon passiert sind. Philip C. Brunner fühlt sich als Vertreter der SVP-Fraktion sehr gut und getragen durch die bürgerliche Unterstützung der FDP und die ablehnende Haltung der SP. Philip C. Brunner hat mit verschiedenen Ratsmitglieder im Vorfeld der heutigen Sitzung über dieses Projekt gesprochen. Auch die SVP-Fraktion ist einstimmig gegen dieses Geschäft. In der Diskussion mit verschiedenen Vertretern wurde fast etwas nachlässig geäussert, dass es hier nur Privatschulen betroffen seien. Es ist erfreulich, dass Cornelia Stocker dieses Thema erwähnt hat. Es handelt sich hier um wichtige Standortfaktoren. Wenn die Stadt Zug oder der Kanton diese Aufgaben, welche die Privatschulen wahrnehmen, auch noch übernehmen dürfen, hat dies ungeheure Kosten für diese Gemeinwesen zur Folge. Privatschulen sind wichtig und stehen durchaus in Konkurrenz zur Stadt. Das ist aber auch gut so. Philip C. Brunner war über das, was er anlässlich eines Besuches dieses Schulhauses an privater Initiative gesehen hat, sehr angetan. Der flammende Appell des Vorredners Ignaz Voser für die alten Leute hat sicher seine Berechtigung. Natürlich hat sich der Rat mit diesen Fragen zu beschäftigen. Es darf aber nicht geschehen, dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. In den letzten Jahren ist die Stadt Zug erheblich gewachsen. Die Bautätigkeit muss aber auch infrastrukturelle Nachfrage von Schulraum nach sich ziehen. Bis heute ist nicht bekannt, wo diese Schulraumplanung realisiert werden soll. Sie müsste nun dringend erarbeitet werden. Es wird oftmals gehandelt wie in der Pflasterlipolitik: wenn ein Dach rinnt, muss sofort ein Wettbewerb gestartet werden, wenn ein Bedürfnis nach Kultur ersichtlich ist, muss sofort ein Wettbewerb gestartet werden. So darf aber absolut keine Politik betrieben werden. Gegenüber dem Stadtrat wird daher der Wunsch geäussert, alle die vielen Bedürfnisse vom Sport, über die Schulen bis in die ganze Altersversorgung gemeinsam zu bearbeiten. Vor einigen Monaten hat der GGR CHF 65 Mio. für das Frauensteinprojekt bewilligt. Unverständli-

cherweise für Philip C. Brunner hat der GGR zudem CHF 20 Mio. für das Chlösterli in Unterägeri gesprochen. In einigen Jahren wird man den Umbau des Altersheimes Waldheim diskutieren müssen. Vor diesem Hintergrund geht es nicht an, jetzt einen Schnellschuss zu starten und die Privatschulen auf die Strasse zu stellen. Dies hat mit Sicherheit die Forderung irgendwelcher Gruppe zur Folge, auch für diese Privatschulen wieder eine Lösung zu finden. Es braucht ein Gesamtkonzept darüber, wie in dieser Stadt weiter geplant werden soll und zwar über diese Legislaturperiode hinaus. Es trifft durchaus zu, dass das heutige Projekt gewisse architektonische Stärken aufweist. Die wesentlichen Äusserungen sind von den verschiedenen Vorrednern bereits dargelegt worden. Stefan Moos wird zudem der Dank ausgesprochen für sein klares Votum. U.a. hat er sich zu folgenden Stichworten geäussert: umstritten, schlecht angefangen, der Wurm drin, Planungsleiche usw. Die SVP-Fraktion empfiehlt nun ein klares Nein zu diesem Projektierungskredit von CHF 680'000.--.

Martina Arnold: Die CVP-Fraktion hat keinen Wurm gefunden. Für sie ist das Projekt auch absolut kein Schnellschuss. Was lange währt, wird hoffentlich besser als das erste Projekt in der Vorlage Nr. 2004. Nachdem die BPK im letzten Jahr die Vorlage zum Projektierungskredit an den Stadtrat zurückgewiesen hat, liegt nun weit über ein halbes Jahr später die zweite verbesserte Auflage vor. Das überarbeitete Projekt mit dem zusätzlichen Antrag der GPK (tiefere Bewertung des Landes) kann die CVP-Fraktion befürworten und ist davon überzeugt. Das Bedürfnis nach weiteren Alterswohnungen in der Stadt Zug ist ausgewiesen. Die CVP-Fraktion findet es sinnvoll, das ehemalige Schulhaus Neustadt 2 dafür zu verwenden. Dieses wird ja seit dem Umzug der Heilpädagogischen Sonderschule in die Gebäulichkeiten der Maria Opferung nicht mehr von den öffentlichen Stadtzuger Schulen genutzt und laut Schulpräsident auch mittelfristig nicht für die öffentlichen Stadtschulen gebraucht. Dieser Standort ist ideal für Alterswohnungen: mitten in der Stadt, zentral gelegen, in der Nähe von Bahnhof, Busstationen, Einkaufsläden, Restaurants, Kinos und See; zudem unmittelbar neben dem Alterszentrum Neustadt, dessen Infrastruktur wie Restaurant, Wäscherei und Notruf auch die Bewohner der geplanten Alterswohnungen nutzen können. Befremdend ist, dass es jetzt Alterswohnungen im mittleren bis oberen Preissegment geben soll und nicht wie ursprünglich geplant im tieferen Preissegment. Stand da in der ersten Vorlage Nr. 2004 in fetten Lettern „Preisgünstige Alterswohnungen“, wird in der neuen Vorlage von „altersgerechten Wohnungen im mittleren Preissegment“ gesprochen. Und ohne den Antrag der GPK, den Wert des städtischen Landes auf CHF 600.-- pro m² hinunter zu setzen, d.h. die Alterswohnungen indirekt zu subventionieren, wären die geplanten Wohnungen nur für finanziell gut gestellte Personen. Und das will die CVP-Fraktion nicht! Finanzchef Hans Christen hat jedoch heute dargelegt, dass nach neusten Berechnungen die Mietzinse CHF 500.-- billiger kommen, was sehr erfreulich ist. Nun, der Stadtrat versagte offensichtlich bei der Ausschreibung des Architekturwettbewerbs. Er unterliess klare Vorgaben bezüglich Bedürfnis und Kosten. Würde eine Privatperson so vergehen, würde es zu einer Katastrophe führen. Dank des GPK-Antrages werden die Mieten der Alterswohnungen tiefer, so dass auch weniger betuchte Stadtzugerinnen und -zuger dort wohnen können. Ein solches Stadtgeschenk ist sicher sinnvoller als das

Verteilen von Geldgutscheinen aus dem Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung! Leider werden einige Personen kaum Freude haben am Erstellen dieser Alterswohnungen. Es sind die Leiter, Lehrpersonen und Schulkinder der zurzeit im Neustadt 2 eingemieteten Privatschulen. Diese können nur noch bis Ende Juli 2010 dort bleiben. So einen idealen Standort ihrer Schulen werden sie kaum mehr finden. Es wäre sehr schön, wenn der Stadtrat diesen für die Stadt Zug wertvollen Privatschulen (Talentia, neue Schule Zug, Kindergarten Childrens World) bei der Suche nach einer neuen Bleibe behilflich sein könnte. Auch die CVP-Fraktion schätzt Zugs Privatschulen, als wichtigen Standortfaktor für die Stadt Zug. Trotzdem hat für die CVP-Fraktion die Erstellung von Alterswohnungen für die Stadtzuger Bevölkerung höhere Priorität als die Bereitstellung von Räumen für private Schulen. Wie alle wissen, ist die Nachfrage nach Alterswohnungen in der Stadt Zug sehr gross. 160 Personen befinden sich laut Aussage von Bauchefin Andrea Sidler Weiss auf der Warteliste. Damit nicht jeder Neuzuzüger von diesen städtischen Alterswohnungen profitieren kann, stellt Martina Arnold folgenden Antrag: Die Bezüger dieser Alterswohnungen müssen seit mindestens 5 Jahren Wohnsitz in der Stadt Zug haben.

Stadtrat Andreas Bossard: Der Stadtrat ist damit beschäftigt, sowohl für das Frauenstein wie auch für die anderen Alterswohnungen ein angepasstes Reglement zu erarbeiten, damit eine gerechte Vermietung erfolgt. Hiefür werden nun die entsprechenden Vermietungsrichtlinien festgelegt. Es gibt aber auch Personen, die jahrelang in Zug Wohnsitz hatten, für einige Jahre weggezogen sind, weil sie keine Wohnung mehr gefunden haben, und nun trotzdem gerne wieder in die Stadt Zug zurück möchten. Auch dies muss in diesem neuen Reglement berücksichtigt werden.

Martin Spillmann, Präsident BPK: Manchmal verliert man das Problem aus den Augen, manchmal verändern sich Ausgangslagen und Umstände. Ausgangslage dieses Projektes ist der Auszug der Heilpädagogischen Schule ins Maria Opferung. Dadurch wird dieses Schulhaus schlicht nicht mehr gebraucht. Andererseits wird ein grosser Bedarf an preiswerten Alterswohnungen festgestellt. Die daraufhin folgende Studie sagt aus, dass die Grössen der Schulzimmer gut in Kleinwohnungen umgebaut werden können. Ein Bebauungsplan sei nicht notwendig, das Schulhaus könne im gegebenen Rahmen umgebaut werden. Zudem werden günstige Alterswohnungen versprochen. Schon bald zeigt sich, dass die Wohnungen nicht so günstig realisierbar sind und das Gebäude noch aufgestockt werden muss. Somit ist trotzdem ein Bebauungsplan notwendig. Es erscheint eine erste Vorlage, in der die angeblich in der Vorlage beschriebenen preisgünstigen Wohnungen doppelt so teuer sind, wie eigentlich preisgünstige Wohnungen sein dürfen. Die Vorgaben nach Minergie sind in keiner Art und Weise eingehalten und die Vorlage wird, bevor sie überhaupt in den GGR kommt, von der BPK zurückgewiesen. Der Stadtrat legt nun eine zweite Vorlage vor. Darin sind die Wohnungen nicht wirklich günstiger geworden, sie werden aber zumindest nicht mehr als günstige Wohnungen bezeichnet. Das Gebäude wurde nach Minergie-Standard überarbeitet. Die BPK ist einigermassen zufrieden, da die Vorlage sich nicht mehr in sich selbst widerspricht. Sie wurde so gut wie möglich verbessert, weshalb sie auch gar nicht mehr hinterfragt wird.

Die heutige Situation zeigt aber, dass ein Schulhaus besteht, das voll an Privatschulen vermietet ist. An diese Privatschulen schicken auch die Bewohner der Stadt beispielsweise ihre Kinder zum Unterricht. Die Talentia ist eine Kleinklasse für hochbegabte Kinder, die auch von den Stadtschulen hierhin geschickt werden. Hier ist eine Ausgliederung erfolgt. Diese Schulen nutzen heute keinen Gewerbebau, sondern ein Schulhaus, welches als Schulhaus gebaut wurde und auf einem Schulhausplatz steht. Diese Schulen sind auch nicht gewöhnliche Quartierschulen, wie sei in Oberwil oder im Herti bestehen. Es handelt sich um überregionale Schulen, die auf eine zentrale Lage und eine gute Erschliessung durch Bus, Stadtbahn und SBB angewiesen sind. Andererseits geht es um die nicht mehr preiswerten Alterswohnungen, die zwar immer noch Synergien mit dem bestehenden Gebäude haben. Reicht das, um dieser Vorlage zuzustimmen? Wird die Stadt Zug in diesem Fall für diese Privatschulen wieder ein neues Schulhaus bauen müssen? Der Rat wird mit Sicherheit in einem Jahr eine Vorlage erhalten, mit der ein Bürogebäude in einem Gewerbequartier mit städtischen Beiträgen umgebaut werden soll, weil diese Privatschulen auch ein wichtiger Standortvorteil für die Stadt Zug sind. Wenn das Ganze schlussendlich betrachtet wird, zeigt sich, das im Lauf der Diskussion das Problem etwas aus den Augen verloren wurde. Normalerweise stimmen Mitglieder der BPK im Rat auch im Sinne der BPK ab. Martin Spillmann verfolgt diese Taktik normalerweise peinlichst genau. Hier hat sich aber die Situation geändert, weshalb es besser wäre, dieses Schulhaus an diesem Ort in seiner Art und Weise stehen zu lassen und die Alterswohnungen an einem andern Ort zu realisieren.

Monika Mathers hat als Lehrerin in vier verschiedenen Privatschulen sowohl in Gewerbebauten wie auch in Schulhäusern und alten Villen unterrichtet. Trotzdem muss vor diesem Schwenker gewarnt werden. Es geht um etwas Grundsätzliches: In diesem Schulhaus besteht eine Zwischennutzung. Jedermann weiss, dass zurzeit leer stehende Häuser zwischengenutzt werden (wie auch das alte Kantonsspital). Plötzlich möchten diese Mieter an diesem Standort bleiben, obwohl von Anfang an bekannt ist, dass sie nur für einen bestimmten Zeitraum hier tätig sein können. Natürlich sind diese Schulen ein wichtiger Standortvorteil für die Stadt Zug. Die Privatschule mit der besten Rendite und dem höchsten Zulauf in Zug ist die International School. Bei dieser Schule hat Monika Mathers in einem Gewerbezentrum unterrichtet. Diese Schule hat nie bei der Stadt den Wunsch nach einem Schulhaus geäussert. Es ist an sich das Ziel der integrierten Schule, dass sowohl die sehr talentierten als auch die weniger talentierten Kinder gefördert werden. Der GGR würde ein sehr gefährliches Präjudiz schaffen, wenn er die Zwischennutzung vom Provisorium zum Providurium wechselt. Schon oft war gerade von bürgerliche Seite zu hören, dass es nicht Aufgabe der Stadt ist, Wohnungen zu erstellen. Es ist auch nicht Aufgabe der Stadt, Schulraum für Privatschulen zu realisieren. Das ist Sache dieser Schulen selbst. Sie sind sehr teuer, bezahlen aber ihre Lehrer oftmals sehr schlecht. Auf eine entsprechende Beschwerde von Monika Mathers hin wurde dies damit begründet, dass es sich bei dieser Privatschule um einen Betrieb handelt, der einen Profit erwirtschaften muss. Die Fraktion Alternative-CSP ist sehr erfreut über die neuen Mietzinsberechnungen und unterstützt sie. Auf diesem Weg soll das Projekt weiter bearbeitet werden. In diesen Alterswohnungen ergibt sich ein reger

Wechsel. Alle die Bewohner dieser Alterswohnungen machen zugleich Wohnraum in der Stadt Zug frei.

Cornelia Stocker: Da man in den letzten Monaten in diesem Rat nie sicher sein konnte, ob die Beschwerde von dieser oder von einer anderen Seite folgt, sei der Form halber schon jetzt namens der FDP-Fraktion ein Eventualantrag gestellt. Die FDP-Fraktion ist gegen subventionierte Mieten und will weiterhin das Haus so belassen und an private Schulen unter Vollkostenrechnung vermieten. Der Stadtrat hat in seiner Vorlage aber nichts dazu ausgesagt, wie er beim Bau von Wohnungen die Auswahl der Mieter vornimmt. Deshalb ist es für die FDP-Fraktion klar: Sollte der Ablehnungsantrag nicht gutgeheissen werden, muss eine Vorgabe gemacht werden. Der Eventualantrag lautet daher wie folgt: „Die Wohnungen dürfen nur an Personen, die bereits mindestens fünf Jahre unmittelbar davor in der Stadt Zug Wohnsitz hatten, vermietet werden.“ Weil die Wohnungen wirklich nicht billig sind, werden Personen angesprochen, die einen gehobeneren Lebensstandard führen oder bis dahin geführt haben und bis zu diesem Zeitpunkt auch in entsprechend komfortablen räumlichen Verhältnissen gelebt haben. Es könnten so grössere Wohnungen für Familien in der Stadt Zug frei werden. Das muss das Ziel sein, wenn schon stadtzuger Steuergelder bereitgestellt würden. Zudem gilt es zu bedenken: auch Privatschulen haben Wartelisten, nicht nur Alterswohnungen. Zug verkauft das Angebot der Privatschulen stets als Standortfaktor. Offensichtlich will das der Stadtrat nun einfach negieren.

Stadtrat Hans Christen: Es sind in der Tat drei Stadträte in dieses Geschäft involviert: Die Bauchefin müsste bauen, Alterswohnungen sind ein Geschäft des Departementes SUS, und Stadtrat Hans Christen ist der Besteller der Immobilien. Diese Alterswohnungen sind nicht subventioniert. Die Stadt Zug hat das Land für ca. CHF 200.--/m² erworben. Es handelt sich zwar nicht um einen Marktpreis, dafür müssen keine Abschreibungen vorgenommen werden. Dies wäre bei einer Subventionierung jedoch der Fall. Die CHF 600.--/m² entsprechen der neuen Vorgabe des Kantons für das WFG. Eine Festsetzung bei CHF 500.--/m² macht nur sehr wenig aus. Zwei Leserbriefschreiberinnen haben suggeriert, dass hier für CHF 200'000.-- das Haus Neustadt 2 saniert werden könne. In nächster Zeit steht hier tatsächlich eine Sanierung dieses Gebäudes an. Hiefür müssen aber CHF 3,5 bis CHF 4 Mio. gerechnet werden. Wenn der Marktpreis schlussendlich diesen Privatschulen verrechnet werden kann, stellen sich auch noch einige Fragen. Der Referenzzinssatz wurde letzte Woche nach unten korrigiert und wird nochmals nach unten korrigiert. Daher sind die Mietzinsberechnungen erst heute dargelegt worden. Eine Vorlage bezüglich Zentrumslasten liegt heute noch auf der Traktandenliste. Gerade die FDP und CVP monieren jeweils die Zentrumslasten der Stadt Zug. Das tut auch Stadtrat Hans Christen. Der Standortvorteil für den Kanton Zug für eine solche Schule ist nicht nur in der Stadtgemeinde Zug gegeben. Diese Schulen könnten durchaus auch in Baar, Cham oder Steinhausen angesiedelt werden. Es muss nicht immer alles in der Stadt Zug angeboten werden. Eine Schulraumplanung für private Schulen ist zudem keine gemeindliche Aufgabe, wie dies von Philip C. Brunner soeben moniert wurde.

Philip C. Brunner stellt fest, dass er bei seinem entsprechenden Votum natürlich die öffentliche Schule gemeint hat.

Stadtrat Hans Christen: Die privaten Schulen im Neustadt 2 waren sich immer bewusst, dass sie irgendwann ausziehen müssen, und haben auch immer befristete Mietverträge unterzeichnet. Dies klar in der Erkenntnis, dass der Stadtrat beabsichtigt, hier Alterswohnungen zu realisieren. Die heute neu aufgezeigten Mietzinse bewegen sich mit Sicherheit nicht mehr im oberen Segment. Die Clientele, welche AHV- und Pensionskassenrente beziehen, kann sich diesen Mietzins an dieser sehr guten Lage durchaus leisten. Wenn nur Zugerinnen und Zuger, die schon fünf Jahre in Zug ansässig waren, diese Wohnungen erhalten, werden wieder andere Wohnungen für Familien frei.

Jürg Messmer: bei all diesen Voten fallen zwei Sachen auf: Die BPK und die GPK haben in ihren Voten klar gemacht, dass bei einer Beratung dieses Geschäftes vor einer Woche eine andere Empfehlung abgegeben worden wäre, als sie jetzt in schriftlicher Form vorliegt. Es wäre da eher eine ablehnende Haltung dargelegt worden. Von Martina Arnold war zu hören, dass beim Auszug dieser Privatschulen schon bald mit Gesuchen für Schulraum gerechnet werden müsse. Also wird ein Schulhaus ab- und in Alterswohnungen umgebaut, um dann irgendwo eine Lagerhalle in einen Schulraum umzubauen, welcher irgendwann auch von den Stadtschulen genutzt werden könnte, falls ihn einmal die Privatschulen nicht mehr benötigen. All dies ergibt einen eigentlichen Rattenschwanz. Die heutige Vorlage ist schlicht unbefriedigend und schlecht. Es gibt also nur eines: Nein und zurück an den Stadtrat.

Urs Bertschi: Eine schwierige Vorlage! Urs Bertschi hat in der BPK gegen die Vorlage votiert. Dies geschah nicht, weil die Vorlage als schlecht beurteilt wird, sondern es wollte aufgezeigt werden, dass der Stadtrat in diesem Geschäft kommunikativ nicht einen gerade geschickten Weg gewählt hat. So hat er preisgünstigen Alterswohnungsbau angepriesen und ist nun mit seinen Mietzinsen in schönen Höhen gelandet. Das Projekt sollte auch nicht abgestraft werden. Bezüglich Projekt kann weitestgehend den Ausführungen von Ignaz Voser gefolgt werden. Sowohl architektonisch wie auch situativ spricht an diesem Ort alles für Alterswohnungen. Es ist absolut nicht Sache der öffentlichen Hand, Privatschulen zu sponsern, indem ihnen nicht kostendeckende Mietzinse verrechnet werden, da eine Zwischennutzung ansteht. Im Übrigen war es auch immer die Absicht dieses Rates, diese Zwischennutzung mit dem klaren Ziel zu verabschieden, hier etwas Anderes zu realisieren. Urs Bertschi ist nun etwas hin- und hergerissen, einerseits, was die Kosten anbelangt, andererseits, weil an diesem Standort ein schönes Projekt für Alterswohnungen entstehen kann. Vor dem Hintergrund, dass hier nur Privatschulen einquartiert werden sollen, wird dem öffentlichen Interesse ein bedeutend höherer Dienst erwiesen, wenn hier Alterswohnungen realisiert werden. Auch damals beim Roost wurde gegen den Willen der grossbürgerlichen Fraktionen ausführlich darüber diskutiert, ob preisgünstiger Wohnungsbau realisiert werden könne, indem der Bodenpreis nicht zum Marktpreis eingesetzt wird. In der Ortsplanungsrevision sind neue Instrumente verabschiedet worden. Bezüglich Zurückgreifen auf ein bisher Be-

währtes, indem die Stadt zu günstigem Preis erworbenes Land nicht zu Marktpreisen einsetzt, um diesmal nicht für preisgünstigen Allgemeinwohnungsbau, sondern für Alterswohnungsbau etwas Gutes zu tun, würde Urs Bertschi a priori das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Dies auch dann nicht, wenn die Ausführungen des Finanzchefs bezüglich Referenzzinssatz etwas schönfärberisch daher kommen. Referenzzinssätze haben ja auch die Tendenz, wieder einmal zu kehren. Spätestens dann sind die CHF 500.-- weggepustet. Eine Bruttorendite 4,5 % ist im Übrigen das Minimum. Hier geht es aber letztlich um die Frage, ob Nachsicht geübt werden soll mit einem etwas vorlauten Stadtrat und etwas Gutes an diesem Standort zu realisieren, oder ob man klar mit dem Rotstift eingreifen und anstelle des Schrecken ohne Ende ein Ende mit Schrecken anvisieren soll. Selbst die liberalsten der liberalen Kräfte waren nicht bereit, in der BPK dem Vorschlag von Urs Bertschi zu folgen, nach der Ablehnung des Belvedere den Auftrag der Stadt so zu interpretieren, dass für die zahlungskräftigen Steuerzahler in der Stadt Zug auch eine exklusive Residenz realisiert an diesem Standort und zu marktfähigen Preisen. Dies wurde von diesen Liberalen, die nicht über ihren Schatten springen konnten, als unmoralisch und als mit der Stadt Zug nicht verträglich taxiert. Das dieser Vorschlag von einem Linken kam, mag überraschen, ist aber für Urs Bertschi nach wie vor nicht vom Tisch. Wenn nun aber entschieden werden muss, Projekt Ja oder Nein, wird Urs Bertschi das Projekt unterstützen, Mietzinsverbilligung, Standort, Nachfrage und keine Aufgabe der öffentlichen Hand, Privatschulen zu subventionieren hin oder her.

Urs E. Meier war ein bisschen erstaunt ob dem von den drei Fraktionsmitgliedern der FDP vorgenommenen Schwenker. Das erste Projekte wurde wegen der zu hohen Kosten und der Nichteinhaltung des Minergie-Standards mit Empfehlungen an den Stadtrat zurückgewiesen. Dadurch hat der Stadtrat grünes Licht für die Weiterbearbeitung erhalten. Das Projekt wurde daraufhin überarbeitet und verbessert u.a. auch bezüglich Minergie. Dabei erkannte man, dass hier preisgünstige Wohnungen nicht realisiert werden können. Ziemlich einvernehmlich wurde daher das Segment auf etwas teurere Wohnungen geändert. Dem Stadtrat wurde also mit auf den Weg gegeben, in diesem Sinne weiter zu planen. Heute folgen Voten, wonach aufgrund der hier etablierten Privatschulen die Meinungen geändert werden. Es wird kritisiert, der Stadtrat habe falsch agiert und das Projekt falsch aufgestellt. Eigentlich sollten die heutigen Gegner einfach dazu stehen, dass dies nicht am Stadtrat, sondern an ihnen selbst liegt. Damit kann auch Urs E. Meier leben, schliesslich kann man ja auch einmal seine Meinung ändern. Den Fehler aber einfach anderen zuzuschreiben, geht schlichtweg nicht. Zu diesem klaren Sinneswandel sollte man stehen.

Philip C. Brunner hat keinen Sinneswandel bekannt zu geben, sondern möchte noch zum Stichwort des alten Kantonsspitals einige Ausführungen machen. Der Zusammenhang ist mit dem heutigen Projekt durchaus gegeben. Die Stadt Zug hat hier durchaus Möglichkeiten. Im Oktober wird man seitens der Arbeitsgruppe mit Vorschlägen an die Öffentlichkeit gelangen. Es ist nicht aller Tage Abend, wenn dieses Projekt heute beendet wird.

Stefan Moos möchte etwas präzisieren: Der BPK-Präsident war an der besagten Sitzung der Kommission nicht anwesend. Er ist also in keiner Weise gekippt. Stefan Moos hat seinerseits heute nie gesagt, er werde Nein stimmen, sondern er hat darauf hingewiesen, dass der Wurm drin ist und einige Probleme gelöst werden müssen, damit der Baukredit nicht abgelehnt wird. Stefan Moos möchte sich daher nicht irgendwelche Schwenker unterschieben lassen, die gar nicht stattgefunden haben.

Karin Hägi: Die SP-Fraktion hält an ihrem Antrag bezüglich CHF 500.--/m² nicht fest.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der Antrag der GPK für CHF 600.--/m² vom Stadtrat übernommen wird.

Cornelia Stocker: die FDP-Fraktion hält an ihrem Antrag für CHF 1'200.--/m² fest und ersucht, über den GPK-Antrag abzustimmen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Titel und Ingress sowie Ziff. 1 - 2 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 3:

Abstimmung

über den Antrag für einen Landwert von CHF 1'200.--/m² gemäss Vorlage gegenüber dem Antrag der GPK für CHF 600.--/m²:

Für einen Landwert von CHF 1'200.--/m² stimmen 16 Ratsmitglieder, für einen Landwert von CHF 600.--/m² gemäss Antrag der GPK stimmen 19 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:16 Stimmen den Antrag der GPK für einen Landwert von CHF 600.--/m² gutgeheissen und den Antrag gemäss ursprünglicher Vorlage für einen Landwert von CHF 1'200.--/m² abgelehnt hat. Ziff. 3 ist somit in entsprechend abgeänderter Form beschlossen.

Zu Ziff. 4 und 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung:

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 20:16 Stimmen dem Antrag von Stadtrat bzw. GPK zu.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Es verbleibt nun noch der Eventualantrag der FDP-Fraktion, unterstützt von der CVP-Fraktion zur Abstimmung.

Stadtrat Andreas Bossard: Der Eventualantrag der FDP-Fraktion kann der Stadtrat unterstützen, ist er doch bereits damit befasst, ein Reglement bezüglich der weiteren Rahmenbedingungen zu erarbeiten. Das Reglement wird der GPK vorgestellt werden. Es besteht dann immer noch die Gelegenheit, bei Bedarf einen Antrag oder eine Motion dagegen einzureichen. Mit diesen Rahmenbedingungen soll erreicht werden, dass diese Wohnungen nicht an Jedermann vermietet werden können.

Cornelia Stocker hält an ihrem Antrag fest, falls ihn der Stadtrat nicht wörtlich übernimmt.

Abstimmung

über den Eventualantrag der FDP- und CVP-Fraktion, wonach die Wohnungen nur an Personen, die bereits mindestens 5 Jahre unmittelbar davor in der Stadt Zug Wohnsitz hatten, vermietet werden dürfen:

Für den Eventualantrag stimmen 24 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 9 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 24:9 Stimmen den Eventualantrag der FDP- und CVP-Fraktion gutgeheissen hat. Es handelt sich dabei nicht um einen eigentlichen Eventualantrag, sondern um einen Antrag im Sinne eines Auftrages an den Stadtrat.

B e s c h l u s s des Grossen Gemeinderates von Zug Nr. 1503
betreffend Liegenschaft Neustadt 2: Umbau zu Alterswohnungen, Projektierungskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2004.1 vom 10. März 2009:

1. Für die Projektierung des Umbaus der Liegenschaft Gotthardstrasse 29, Schulhaus Neustadt 2, zu Alterswohnungen wird ein Projektierungskredit von brutto CHF 680'000.-- inkl. MWST zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 50300/2210, Objekt 687, Neustadt 2, Umbau Alterswohnungen, bewilligt.
2. Die Investition von CHF 680'000.-- wird mit jährlich 10 % abgeschrieben (§ 14 Abs. 3 Bst. b Finanzhaushaltgesetz).
3. Der Landwert wird auf CHF 600.-- pro m2 festgesetzt.
4. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er ist im Amtsblatt des Kantons Zug zu veröffentlichen und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufzunehmen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

5. Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2007 betreffend Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleich über alle Zuger Gemeinden

Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 1997 betreffend Studienauftrag/Zentrumslasten und -nutzen

Der Wortlaut der Motion der FDP-Fraktion befindet sich auf Seite 324 f. des GGR-Protokolls Nr. 8 der Sitzung vom 20. November 2007.

Der Wortlaut der Motion der SVP-Motion befindet sich auf Seite 1320 f. des GGR-Protokolls Nr. 36 der Sitzung vom 4. November 1997.

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2021

Ergänzender Bericht des Stadtrats Nr. 2021.1

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2021.2

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Es werden zwei Motionen und ein Postulat mit ähnlichem Thema gleichzeitig behandelt. Die SVP-Motion und das CVP-Postulat wurden bereits früher erheblich erklärt, jedoch noch nicht abgeschrieben. Die FDP-Motion wird durch den Rat heute erstmals behandelt.

Detailberatung

Roger Hess: Über Zentrumslasten aber auch Zentrumsnutzen wird viel und rege diskutiert. Doch eine genaue Untersuchung für die Stadt Zug hat es bis heute nicht gegeben. So sehen die umliegenden Gemeinden eher den Zentrumsnutzen - gehören doch nicht wenige zu den Empfängern des Zuger Finanzausgleichs. Der vorliegende Bericht des Stadtrates kommt nun in einer Grobschätzung zusätzlich zu den ZFA-Zahlungen auf CHF 15 – CHF 20 Mio. Zentrumslasten für die Stadt Zug. Im Vergleich der Nettobelastung pro Einwohner in allen Zuger Gemeinden macht dies für Zug eine Netto-Mehrbelastung von über CHF 900.-- pro Einwohner aus – wahrlich eine erhebliche Differenz. Zählt man zu diesen CHF 15 - CHF 20 Mio. die Beträge des ZFA von CHF 63 Mio. und des NFA von CHF 16.3 Mio. noch dazu, resultieren Kosten von rund CHF 94 – CHF 99 Mio. Die Pro- Kopf-Belastung beträgt in Zug somit fast CHF 4'000.--. Einige Bemerkungen zur Grobanalyse: Der Aufbau der Grobanalyse ist klar gegliedert und die verwendeten Bezugseinheiten in den meisten Fällen nachvollziehbar. Die einzelnen Untersuchungsobjekte sind verständlich beschrieben und liefern bereits wertvolle Informationen über Kostenunterschiede. Die exemplarische Ermittlung der Zentrumslasten für das Theater Casino und für die Eishalle und Kunsteisbahn zeigen die beträchtlichen Kosten, welche die Stadt Zug trägt. In den Bereichen Kultur und Sport sieht die FDP-Fraktion Potenzial, um mit anderen Gemeinden in einen Dialog über Zentrumslasten und -nutzen zu treten. Neben diesen Objekten, wo klar von Zentrumslasten gesprochen werden kann, gibt es aber auch Funktionen, wo die Kosten zum Teil deutlich über

den umliegenden Gemeinden oder Vergleichstädten liegen. Für die Funktionen Rechtsaufsicht, Kulturförderung, Parkanlagen und Raumordnung liegen die Kostenunterschiede unter anderem im Wahlbedarf der Stadt Zug. Aufgaben und Dienstleistungen, für welche keine gesetzliche Pflicht besteht, müssen kritisch hinterfragt werden. Mehrfach genannte Gründe für die Mehrkosten sind neben dem Wahlbedarf die strukturellen Merkmale der Stadt Zug und die Aufgabenteilung Kanton – Gemeinden. Hier ist der Stadtrat gefordert, die umliegenden Gemeinden aber auch den Kanton in die Pflicht zu nehmen. Die FDP-Fraktion unterstützt die Anträge der GPK und hofft, dass die vertiefte Untersuchung der Verwaltungsbereiche nicht mehr so lange dauert wie die Erstellung der vorliegenden Grobanalyse. Roger Hess erinnert daran, dass die Motion der FDP im November 2007 eingereicht wurde und der Stadtrat mit dem Zwischenbericht Nr. 1997 im Dezember 2008 eine Fristerstreckung verlangt hat. Das damalige Votum von Barbara Hotz, „Was lange währt, wird endlich gut!“ hat immer noch Gültigkeit. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung ihrer Motion und nimmt Kenntnis von den beiden Berichten Nr. 2021 und 2021.1. Zudem wird beantragt, dem Vorschlag der GPK zu folgen und die vier Verwaltungsbereiche Volksschulen, Kindergarten, Alters- und Pflegeheime sowie Übrige Verwaltung genau untersuchen zu lassen. Die FDP-Fraktion beantragt, die Motion als nicht erledigt zu betrachten und bis zum Vorliegen der vertieften Untersuchungen nicht von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Es kommt relativ selten vor, dass die GPK zu einer Motion, welche auf der Traktandenliste steht, Stellung nimmt. In diesem Falle hielt die GPK die Ausnahme für gerechtfertigt, weil es erstens um ein Geschäft geht, das mit den Zentrumslasten extrem finanzlastig ist, und zweitens, weil mit der Zustimmung zum Antrag des Stadtrates einige zusätzliche Ausgaben für die kommenden Studien getätigt werden. Prima Vista sind die Zentrumslasten ein beinahe emotionelles Thema, besonders wenn es um das Verhältnis der Stadt Zug zum Kanton und zu den 10 Schwestergemeinden geht. Es ist daher durchaus angebracht und sogar loblich, wenn mittels seriöser Analysen versucht wird, den Emotionen Zahlen und Vergleiche entgegen zu setzen, um gestützt darauf Weichen für die Zukunft zu stellen. Genau dies war das Ziel der drei parlamentarischen Vorstösse, und auf diesem Weg möchten der Stadtrat und die GPK nun weiter gehen. Die zusätzlichen vertieften Analysen in den Bereichen Volksschulen, Kindergarten, Alters- und Pflegeheime und Übrige Verwaltung sollen aufzeigen, warum die Kosten in der Stadt Zug so weit oberhalb der Vergleichsstädte und –gemeinden liegen. Die GPK beantragt dem GGR, mit der Kenntnisnahme der Vorlage Nr. 2021 und der Zustimmung zum formulierten Antrag der GPK den Start für die zweite Etappe freizugeben.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Es war durchaus sinnvoll, diese umfassende Rasteranalyse durchzuführen. Es liegen zwar standardisierte Zahlen vor. Was aber dahinter steht, weiss man immer noch nicht genau. Das muss noch vertieft analysiert werden. Der Stadtrat ist mit dem Vorschlag der GPK einverstanden, Bereiche, wo es um grosse Beträge geht, wie z.B. Alters- und Pflegeheime, sowie auch die Übrige Verwaltung ge-

nauer überprüfen zu lassen. Laut Roger Hess ist in diesem Punkt der Dialog mit den Gemeinden zu suchen. Dieser Dialog wurde in der Gemeindepräsidentenkonferenz bereits aufgenommen. Es besteht eine Liste von Objekten in der Stadt Zug im Kulturbereich (Casino, Galvanik, Burg usw.), bei denen die Gemeinden sich bereit erklärt haben, an die wiederkehrenden Kosten höhere Beiträge als bisher zu bezahlen. Bezüglich der Pro-Kopf-Beiträge muss aber zuerst noch eine Einigung gefunden werden. Schwieriger ist aber nach wie vor, Beiträge an Bauinvestitionen zu erhalten. Hier herrscht immer noch das Prinzip, dass die Zuständigkeit bei der Standortgemeinde liegt. Schön wäre, wenn auch hier etwas erreicht werden könnte. Bei der Galvanik ist der Kanton bereit, eine Ausnahme zu machen. Zuviel kann aber in diesem Bereich nicht erwartet werden. Das Entgegenkommen der Gemeinden ist aber von deren Goodwill abhängig, sonst wäre eine Gesetzesvorlage nötig. Es geht also nicht anders als zusammenzuarbeiten.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion begrüsst die Stossrichtung der Motion der FDP-Fraktion betreffend die Erhebung des Zentrumsnutzens und der Kostenvergleiche der Zuger Gemeinden. Namentlich im Zusammenhang mit der Einführung des kantonalen Finanzausgleiches, der den Haushalt der Stadt beträchtlich belastet, ist es wichtig, die Situation klar zu analysieren und die notwendigen Schlüsse daraus zu ziehen. Der Stadtrat hat das Geschäft mit seinen Berichten seriös vorbereitet. Namentlich hat er eine spezialisierte Firma beauftragt, die komplexe Materie der Zentrumslasten eingehend zu untersuchen. Aus der Untersuchung geht hervor, dass die Stadt mit rund CHF 20 Mio. belastet wird. Dies ist ein beträchtlicher Teil der städtischen Ausgaben. Es ist unbestritten, dass die Stadt Zug das kulturelle und gesellschaftliche Zentrum des Kantons bildet. Und dies soll auch so bleiben. Wesentlich ist deshalb, dass die Stadt Zug nun nicht im Sinne eines Krämers versucht, sämtliche Kosten vom Kanton zurückerstattet zu erhalten, sondern vielmehr den Nutzen der Zentrumsfunktion zu erhöhen. Der Stadtrat soll sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich der Kanton grosszügig für eine gute Infrastruktur in der Stadt einsetzt und eine solche auch weitgehend finanziert. Zu denken ist dabei namentlich an den Stadttunnel, der vom Kanton in den vergangenen Jahren doch eher stiefmütterlich behandelt wurde, obwohl er für die Bevölkerung der Stadt Zug ausgesprochen wichtig wäre. Auch die Problematik der Sicherheit und Sauberkeit der Stadt Zug ist wohl ein Aufgabenbereich, der auch den Kanton betrifft. Was den Vergleich der Leistungs-Analyse mit anderen Zuger Gemeinden betrifft, so sind die aus der Analyse resultierenden Unterschiede doch ziemlich beträchtlich. Fraglich ist in diesem Zusammenhang namentlich, ob die höheren Kosten sich auch in besseren Leistungen niederschlagen. Grundsätzlich geht Martin Eisenring davon aus, dennoch erachtet er es als unerlässlich, dies zusätzlich noch zu analysieren. Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK, wonach einerseits von den Berichten des Stadtrates Kenntnis genommen wird, und andererseits die Volksschulen, die Kindergärten, die Alters- und Pflegeheime sowie die Übrige Verwaltung vertieft untersucht werden. Abschliessend wird der Stadtrat gebeten, in Sachen Zentrumsnutzen und -lasten mit den anderen Zuger Gemeinden sowie mit dem Kanton in einen Dialog zu treten. Es geht nicht darum, dass sich die Stadt Zug ihrer wichtigen Aufgaben entziehen will. Vielmehr soll der Dialog unter Zuhilfenahme einer vertieften Analyse zum Zweck ha-

ben, die anderen Gemeinden und den Kanton zu sensibilisieren und Wohlwollen für städtische Anliegen im Kanton zu erzielen. Konfrontation wäre der falsche Weg. Zu prüfen wäre namentlich auch, ob in gewissen Themenbereichen nicht auch eine engere Zusammenarbeit mit der Gemeinde Baar hilfreich wäre. Schliesslich wird der wesentliche Teil der Wertschöpfung im Kanton in diesen Gemeinden erbracht. Oftmals bestehen ähnliche Problemstellungen, die über die Grenzen schauend gemeinsam angegangen werden könnten. Gemeinsam ist den Gemeinden auch, dass sie ihre ländliche Herkunft einerseits nicht verleugnen wollen, andererseits jedoch mit den Herausforderungen einer urbanen Gesellschaft leben, weshalb hier eine eingehende Prüfung hilfreich wäre, was denn gemeinsam mit der Gemeinde Baar bewältigt werden könnte.

Philip C. Brunner: Die SVP-Fraktion ist mit beiden Vorrednern einverstanden, insbesondere der Hinweis seitens der FDP, dass mit CHF 100 Mio. die Belastung der Stadt Zug Grenzen erreicht. Philip C. Brunner ist auch sehr froh um die professionelle Aufstellung dieses externen Büros. Es ist grundsätzlich dem Stadtrat zu empfehlen, solche Aufträge extern zu vergeben. Schon die Sportanalyse war sehr professionell erarbeitet. Die SVP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der GPK an, hätten aber eine kleine Änderung vorzuschlagen, indem unter Ziff. D nicht die Übrige Verwaltung mit Einwohnerzahl und Einwohnergleichwerten, sondern die Allgemeine Verwaltung geprüft werden soll, da hier der Aufwand mit über CHF 12 Mio. gemäss der Aufstellung in der Abbildung 1 doch beträchtlich ist. Kindergärten sollen somit jeweils nach Schülerzahlen, Alters- und Pflegeheime nach Einwohnerzahlen analysiert werden. Der Stadtrat muss dies nicht als Notengebung sehen, sondern es geht darum, in der Zusammenarbeit mit den anderen Gemeinden im Kanton Zug hieb- und stichfeste Argumente zu haben, um die Position der Stadt Zug stärken zu können. In diesem Sinne bedankt sich Philip C. Brunner beim Stadtrat, dass er es geschafft hat, die SVP-Motion aus dem Jahre 1997 12 Jahre später mit etwas Rückenwind und Druck seitens der FDP- und CVP-Fraktion hier zu behandeln. Das ist sehr erfreulich. Es ist aber zu hoffen, dass auf den Bericht der vertieften Untersuchung der genannten Verwaltungsbereiche nicht auch noch 12 Jahre gewartet werden muss. Philip C. Brunner beantragt also, das Wort „übrige“ durch das Wort „allgemeine“ zu ersetzen.

Stadtpräsident Dolfi Müller: Der Stadtrat hat sich damit einverstanden erklärt, die übrige Verwaltung im Sinne der GPK in diese Analyse miteinzubeziehen. Die Allgemeine Verwaltung ist aber ein anderes Thema. Hier sind die Abweichungen auch viel weniger aufwändig. Bei einer vertieften Analyse der übrigen Verwaltung erhofft sich der Stadtrat, fündig zu werden. Aus diesen Gründen empfiehlt Stadtpräsident Dolfi Müller, es bei der übrigen Verwaltung zu belassen. Ein Dankeschön an Philip C. Brunner, für seine Äusserung, wonach die Motion aus dem Jahre 1997 umgesetzt sei. Für Stadtpräsident Dolfi Müller ist nach einer nochmaligen Prüfung auch die FDP-Motion erfüllt. Es ist daher auch eine Frage der Fairness, die Motion nun auch abzuschreiben. Der Stadtrat ist durchaus offen für neue Motionen mit Vertiefungsaufträgen zu den bereits erhaltenen Vertiefungsaufträgen. Stadtpräsident Dolfi Müller empfiehlt daher, die beiden Motio-

nen der SVP- und FDP-Fraktion als erledigt abzuschreiben. Der Stadtrat wird sich trotzdem sofort mit den erhaltenen Aufträgen befassen.

Manuel Brandenburg: Es ist nicht so, dass die allgemeine Verwaltung praktisch gleich wie bei den anderen Gemeinden ist. Seite 7 der kompetenten Studie von Hansen & Partner AG zeigt, dass der Bereich allgemeine Verwaltung Stadt Zug einen Brutto- und Nettoaufwand aufweist, der sich klar über dem Schnitt der Zuger Gemeinden bewegt, nämlich:

Brutto Stadt Zug CHF 483.-- Zuger Gemeinden ohne Stadt Zug CHF 353.--

Netto Stadt Zug CHF 417.-- Zuger Gemeinden ohne Stadt Zug CHF 298.--

Aus diesem Grund macht Manuel Brandenburg beliebt, auch diesen Bereich allgemeine Verwaltung in den zusätzlichen von der GPK formulierten Auftrag miteinzubeziehen. Der GGR vergibt sich damit nichts und kann im Sinne eines Synergieeffektes diesen Bereich zugleich genauer prüfen. Der Bereich allgemeine Verwaltung ist bei den verschiedenen Bereichen zudem auch nicht klar definiert. Seite 6 der Studie sind die verschiedenen Funktionsbereiche aufgeführt. Die allgemeine Verwaltung ist hier sehr wenig aussagekräftig unter Legislative und Exekutive sowie allgemeine Verwaltung und Übriges unterteilt. Das ist nichts sagend, aber trotzdem viel teurer als in den anderen Gemeinden. Manuel Brandenburg beantragt daher namens der SVP-Fraktion, den Bereich allgemeine Verwaltung zusätzlich zur übrigen Verwaltung ebenfalls in diese vertieften Analysen miteinzubeziehen.

Urs B. Wyss, Präsident GPK, ist mit der Abschreibung der Motionen und Postulate einverstanden.

Abstimmung

über den Antrag der GPK gegenüber dem Antrag der SVP-Fraktion für eine zusätzliche lit. E:

Für den Antrag der GPK stimmen 21 Ratsmitglieder, für den Antrag der SVP-Fraktion stimmen 7 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 21:7 Stimmen den Antrag der GPK, welcher vom Stadtrat übernommen wurde, gutgeheissen und denjenigen der SVP-Fraktion abgelehnt hat. Somit werden die Verwaltungsbereiche lit. a) bis d) gemäss Antrag GPK einer vertieften Untersuchung unterzogen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Motion der FDP-Fraktion betr. Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleiche über alle Zuger Gemeinden stillschweigend erheblich erklärt wird.**

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, von der Antwort des Stadtrates Kenntnis zu nehmen und die beiden Motionen der FDP- und SVP-Fraktion als erfüllt zu erklären und als erledigt abzuschreiben:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 19 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 14 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 19:14 Stimmen den Antrag des Stadtrates gutgeheissen hat. **Die Motion der FDP-Fraktion vom 9. November 2007 betreffend Erhebung Zentrumsnutzen/-lasten und Kostenvergleich über alle Zuger Gemeinden sowie die Motion der SVP-Fraktion vom 30. Oktober 1997 betreffend Studienauftrag/Zentrumslasten und -nutzen sind erfüllt und werden somit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.** Der Stadtrat nimmt damit auch Kenntnis vom Antrag der GPK.

Abstimmung

über die Abschreibung des Postulates der CVP-Fraktion vom 6. Mai 2005 betr. Vergleichszahlen einzelner Verwaltungszweige mit den Stadtgemeinden Baar, Aarau und Zürich:

Für den Antrag des Stadtrates stimmen 28 Ratsmitglieder, dagegen stimmt 1 Ratsmitglied.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 28:1 Stimmen den Antrag des Stadtrates gutgeheissen hat. **Das Postulat der CVP-Fraktion vom 6. Mai 2005 betr. Vergleichszahlen einzelner Verwaltungszweige mit den Stadtgemeinden Baar, Aarau und Zürich kann somit als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

6. Motion der FDP-Fraktion vom 30. März 2009 betreffend Scheinzypressen auf der Friedhofanlage St. Michael

Der Wortlaut der Motion befindet sich auf S. 1445 f. des GGR-Protokolls Nr. 28 der Sitzung vom 5. Mai 2009.

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2033 vom 16. Juni 2009-09-13 Ergänzender Bericht des Stadtrates Nr. 2033.1 vom 25. August 2009

Detailberatung

Martin Spillmann hat damals mit grossem Befremden von der Diskussion in der Zeitung darüber Kenntnis genommen, ob nun die Bäume gefällt werden sollen oder nicht. Der Stadtrat tut sich mit seiner Entscheidung mit Sicherheit nicht leicht. Das beweisen auch die dem Rat abgegebenen Unterlagen. Das einzige Anliegen, das Martin Spillmann mit seinem Vorstoss darlegen möchte, ist: „Seien Sie der Klügere, der Grosszügige, der Väterliche, der Stadtvater, und verhindern Sie, dass die Diskussion weiter in der Zeitung geführt wird, setzen Sie sich an einen Tisch mit all diesen Personen.“ Es soll verhindert werden, dass diese Diskussion in dieser Art weitergeführt wird, indem Unterschriften gesammelt werden. Es ist nicht eine Frage der Weissagung, ob diese Bäume nun schon krank sind und gefällt werden müssen. Das kann durchaus festgestellt werden. Die Diskussion soll sachlich geführt werden. Zur Sache selbst kann einzig festgehalten werden, dass der Stadtrat mit seinem Vorgehen auf gutem Weg ist.

Stefan Hodel: Auch bei der Fraktion Alternative-CSP wurden kritische Stimmen laut gegen das geplante Fällen der Bäume. Nach einem Gespräch mit Herrn Pascal Erni war jedoch klar, dass es die einzige richtige Lösung ist. Die Stadt hat bereits vor Monaten die Öffentlichkeit vorbildlich über die Gründe, die zur Fällung der Scheinzypressen zwingen, informiert. Hauptursache für die Aufregung um diese Fällaktion ist ein Oberwiler Landschaftsgärtner, der allen Experten misstraut, sofern sie denn nicht von ihm selbst beauftragt worden sind. Dieser Landschaftsgärtner hat es fertig gebracht, an der Jahresversammlung des Quartiervereins, vor 200 Oberwilern, einen Angestellten der Stadt als absolute Niete zu bezeichnen, den er schon lange zum Teufel geschickt hätte. Dass es schwierig ist, sich mit Leuten die solche Aussagen machen an einen Tisch zu setzen, wie es Martin Spillmann vorschlägt, ist verständlich. Die Fraktion Alternative-CSP hat nach wie vor Vertrauen in die für die öffentlichen Anlagen zuständigen Stadtangestellten und unterstützt das Vorgehen des Stadtrates.

Franz Akermann: Ende gut alles gut! Hoffentlich. In der Beantwortung der Motion zeigt der Stadtrat klar auf, dass der Vorstoss nicht motionsfähig ist. Damit könnte die Sache ihr Bewenden haben. Weil es um das Fällen von vielen alten Bäumen und das auf dem Friedhof, geht und weil damit viele Emotionen geschürt werden, ist es zweckmässig, sich damit in diesem Rat genauer zu befassen. Es ist zu hoffen, dass man schliesslich

persönlich befürworten kann, dass dieser Friedhof, der sogar von einer UNESCO Unterorganisation als historisch bedeutend eingestuft wird, im Sinne der Erbauer rekonstruiert wird. Diese Zustimmung, auch wenn sie nicht rechtlich bindend ist, hat in der Bevölkerung eine hohe Bedeutung. Um die strenge zu Grunde liegende Architektur wieder erkennbar werden zu lassen, ist das Fällen der alten Bäume, das Ersetzen und Ergänzen Bäume notwendig. Auf Grund der Motion und der stadträtlichen Beantwortung war sich Franz Akermann im Unklaren, ob die alten Scheinzypressen erhaltenswert seien, und befürchtete eine langfädige emotional aufgeladene Debatte über Sinn und Unsinn des Baumfällens im städtischen Friedhof. Deshalb hat er sich bei Heinz Greter, einem Mitglied der Friedhofskommission darüber erkundigt, aber auch nach den zugrunde liegenden längerfristigen Zielen. Was dabei erfahren werden konnte, war in der gestrigen Ausgabe der Neuen Zuger Zeitung nachzulesen (interview mit Dr. Heinz Greter, Mitglied der Friedhofskommission): Ziel ist die Rekonstruktion der kunstvoll angelegten, ursprünglichen Friedhofsanlage im Sinne der Erbauer. Dass in den vergangenen Jahren wenig sorgfältig mit diesem Zeitzeugen umgegangen wurde, ist übrigens für jeden Friedhof-Besucher leicht ersichtlich. Denn die in Reihen angeordneten Scheinzypressen weisen Lücken auf, sind von sehr unterschiedlicher Grösse oder sind gar von artfremden Bäumen durchsetzt. Dies gilt es zu beheben zum Preis des Fällens der alten Scheinzypressen. Dass der Anlass zu diesem Traktandum überhaupt nicht gut war, ist die andere Seite der Medaille, und darüber ist hier auch zu reden. Der Stadtrat verpasste es sträflich, die Einwohner über die gestalterischen Ziele zu informieren, welche die Baumfällaktion nötig machten. Damit bot er der FDP-Fraktion – sie hält ja sonst nicht so viel von Baumschutz - unter Federführung von Martin Spillmann die Gelegenheit, ein emotionales Süppchen zu kochen in Form einer Motion, welche sich später als nicht motionsfähig herausstellen sollte. Zur Problemlösung wäre eine Interpellation adäquat gewesen. Der GGR schliesslich überwies die Motion ohne Gegenantrag stillschweigend und wahrscheinlich auch wenig denkend. Franz Akermann nimmt sich davon auch nicht aus: Eine nicht motionsfähige Motion, wie der Stadtrat zu spät feststellte. Dass auch sein Bericht und Antrag wenig erhellend war, indem er von der wichtigen Frage der Zuständigkeit abgesehen, nur auf Sicherheitsprobleme einging, welche von den alten Bäumen ausgingen, kommt noch dazu. Damit hat der Rat wieder einmal wertvolle Zeit vergeudet. Die von der Ratspräsidentin zu Beginn des Jahres als Ziel anvisierte Effizienzsteigerung scheint beerdigt zu sein, z.B. aktuell unter Scheinzypressen. Die Arbeit muss auf allen Ebenen unsere Arbeit seriöser angegangen und insbesondere die Kommunikation inhaltlich verbessert werden. Dies Insbesondere bezüglich der Ziele. Der sich anbahnende Wahlkampf lässt Franz Akermann allerdings daran zweifeln. Die SP-Fraktion befürwortet den Antrag des SR zu diesem Geschäft.

Das Wort wird nicht mehr verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Stadtrat beantragt, seinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und den Vorstoss als erledigt abzuschreiben. Mangels Motionsfähigkeit erfolgt darüber keine Abstimmung.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Motion der FDP-Fraktion betreffend Scheinzypressen auf der Friedhofanlage St. Michael mangels Motionsfähigkeit als Postulat beantwortet und erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

7. Interpellation der SVP-Fraktion vom 3. März 2009 betreffend Sicherheit in der Stadt Zug

Der Wortlaut der Interpellation befindet sich auf Seite 1285 f. des GGR-Protokolls Nr. 25 der Sitzung vom 17. März 2009.

Es liegt vor:

Antwort des Stadtrates Nr. 2029

Manuel Brandenburg: Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort des Stadtrates sehr zufrieden und möchte sich dafür bestens bedanken. Durch die Zeilen der stadträtlichen Antwort kann gespürt werden, dass auch der Stadtrat mit der Sicherheitssituation in der Stadt Zug nicht voll zufrieden ist, insbesondere auch bezüglich Präsenz von Sicherheitskräften. Nicht so überzeugend andererseits sind die Antworten der Zuger Polizei, welche ausweichend sind und versuchen, das Problem nicht wahrzunehmen. Man ist bestrebt, gar nichts verändern zu müssen - eine nicht untypische Haltung von Verwaltungsstellen. Das Problem ist aber erkannt und wurde auch in diesem Rat schon oft diskutiert: In Zug gibt es bezüglich Sicherheit an neuralgischen Orten zu wenig Präsenz. Aus diesem Grund erachtet es die SVP-Fraktion als wichtig, dass die Stadt Zug wieder eigene Polizeikräfte erhält. Wenn man ein Mittel in der Hand hat, das man selber einsetzen kann, so kann man ganz anders und viel gezielter an schwierigen Stellen mit der Polizei Einfluss nehmen, als wenn immer zuerst die Polizeikommandostelle des Kantons kontaktiert werden muss, weil dort die Einsatzplanung gemacht wird. Die SVP-Fraktion bedankt sich nochmals und wird an diesem Thema dran bleiben.

Roger Hess beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt wird und somit die Diskussion stillschweigend beschlossen ist.

Roger Hess: Das Bedürfnis nach Sicherheit haben alle Menschen – doch was genau ist denn Sicherheit? Gemäss Wikipedia bezeichnet Sicherheit einen Zustand, der frei von unvermeidbaren Risiken der Beeinträchtigung ist oder als gefahrenfrei angesehen wird. Sicherheit ist somit eine subjektive Empfindung und kann nicht direkt gemessen werden. Viel mehr wird ein Mangel an Sicherheit gemessen, sei dies in der Anzahl Unfälle, Einbrüche oder Geschwindigkeitsüberschreitungen. Hinter diesen Zahlen sind jedoch immer einzelne Fälle, und die Zahlen zeigen auch nur eine Veränderung, nicht jedoch wie akut eine Situation ist. Im Marketing spricht man von „perception is reality“, was soviel bedeutet wie: „Die Wahrnehmung ist die Wirklichkeit“. Und wenn man die Berichterstattung in den Medien verfolgt, so hat man wirklich das Gefühl, dass immer mehr passiert. Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Fragen – die Ergänzungen der Zuger Polizei sind sehr aufschlussreich. Gespannt wartet die FDP-Fraktion auch überdies auf das in Auftrag gegebene Sicherheitskonzept und hofft, dass

dieses die noch offenen Fragen beantworten wird. Die FDP-Fraktion entnimmt der Beantwortung der Frage 3, dass für die Stadt Zug Zitat „ein Stellengewinn einzig in der Form von Synergien“ resultierte. Dies im Gegensatz zu den versprochenen Nettoeinsparungen von CHF 4.3 Mio. gemäss Vorlage 1633 des Stadtrates vom 12. November 2001. Wo sind die damals definierten Einsparungen geblieben? Hier erwartet die FDP-Fraktion vom Stadtrat eine klärende Antwort. Die Zuger Polizei listet bei der Beantwortung zur Frage 4 viele Punkte auf, welche darauf hinauslaufen, dass für die anstehenden Aufgaben nicht genügend Stellen vorhanden sind. So wird neben dem Bevölkerungswachstum auch die scheinbar bessere, weil längere Alkoholversorgung sowie das vielfältige Sportangebot und die tiefere Gewalt-Hemmschwelle als Gründe herangezogen. Dies mag alles stimmen, doch muss unmissverständlich festgehalten werden, dass die polizeiliche Sicherheit alleinige Sache des Kantons und damit der Zuger Polizei ist. In der Privatwirtschaft kommen auch laufend neue Aufgaben dazu, und diese müssen auch mit den bestehenden Arbeitskräften erledigt werden. Roger Hess will sich nicht anmassen, der Zuger Polizei Ratschläge zu erteilen, welche Aufgaben prioritär zu erledigen sind, doch ist er überzeugt, dass gewisse Arbeiten unter dem Aspekt Sicherheit reduziert werden könnten. Um auf seine Aussage zurückzukommen, wonach die Wahrnehmung die Wirklichkeit ist, muss Roger Hess festhalten, dass neben vielen Einwohnerinnen und Einwohner auch der Stadtrat den Eindruck hat, dass die Präsenz der uniformierten Polizei abgenommen hat. Die verstärkt eingesetzten zivilen Fahnder mögen zwar sehr erfolgreich sein, doch beeinflussen sie - wie in der Beantwortung der Frage 5 durch die Zuger Polizei ersichtlich- das subjektive Sicherheitsgefühl nicht. Es reicht halt nicht, nur gutes zu tun, man muss auch darüber sprechen. Um der festgestellten Angemessenheit einer zweiten Sicherheitspatrouille Nachdruck zu verschaffen, verlangt die FDP-Fraktion vom Stadtrat, dass er umgehend mit der Zuger Polizei Kontakt aufnimmt und diese umgehend einfordert.

Rupan Sivaganesan möchte im Hinblick auf die Interpellation der SVP-Fraktion namens meiner Fraktion kurz auf folgende Punkte eingehen: Das Gewaltmonopol des Staates muss gewahrt bleiben. Dies stellt auch der Zuger Regierungsrat in seinem Bericht zu den Motionen von Daniel Abt, FDP, und Andreas Hausheer, CVP, betreffend Littering und Ordnungsbussen fest. Am 17. Februar 2009 wurde diese Motion erheblich erklärt. Es darf also nicht sein, dass Angestellte privater Sicherheitsunternehmen Aufgaben der Polizei übernehmen. Das Polizeiorganisationsgesetz macht den Einsatz von so genannten Sicherheitsassistenten möglich. Sie sind fest in der Polizei eingebunden, haben klar definierte Kompetenzen und helfen den Zuger Gemeinden beim Vollzug von Aufgaben im Sicherheitsbereich. Sie können zum Beispiel Ordnungsbussen aussprechen, die wieder in die Gemeindekassen fliessen. Cham macht seit Februar dieses Jahres gute Erfahrungen mit Sicherheitsassistenten: Es sei ruhiger geworden im öffentlichen Raum und es gebe weniger Vandalismus. Hier sollte die Stadt Zug also auch ansetzen! Die SVP verlangt nun nach mehr Polizeipräsenz in Zug und der Wiedereinführung einer Stadtpolizei: Die SVP war jedoch gleichzeitig auch gegen eine Budgeterhöhung respektive gegen eine Aufstockung der Zuger Polizei um 17.5 Stellen (im Kantonsrat). Der Einsatz von Sicherheitsassistenten ist in der jetzigen Situation vorerst wohl die beste Massnah-

me. Diese Meinung hat die Fraktion Alternative-CSP 2008 vertreten und vertritt sie konsequenterweise und weil sie sachlich richtig ist, auch heute. 2008 wurde die Vorlage „Gemeindliche Sicherheitsaufgaben: Einsatz von privaten Sicherheitsdiensten“ an den Stadtrat zurückgewiesen. Damals wurde dem Stadtrat ein klarer Auftrag gegeben: Er soll sich für Sicherheitsassistenten einsetzen. Es gilt nun zuerst einmal abzuwarten, wie der Stadtrat seinen Auftrag erfüllt.

Martin Eisenring: Die CVP-Fraktion dankt der SVP-Fraktion für diese Interpellation und dem Stadtrat für die vorliegende Antwort. Ein paar Ergänzungen und Hinweise erscheinen trotzdem interessant: Es erstaunt, dass zwar die kantonale Sicherheitsdirektion zur Stellungnahme eingeladen wurde, hingegen im vorliegenden Antrag des Stadtrates eine Amtsstelle - die Zuger Polizei - direkt Auskunft gibt. Die CVP-Fraktion geht deshalb davon aus, dass dies die Antworten des Sicherheitsdirektors sind. Der CVP-Fraktionschef war der letzte Kommandant der Stadtpolizei, weshalb die CVP-Fraktion diese Insider-Überlegungen hier auch gerne kundtun möchte. Tatsache ist, dass sich die Gesellschaft, ihre Struktur, ihr Freizeitverhalten und insbesondere die Konsum- und Erwartungshaltung seither stark verändert hat. Ebenso Tatsache ist es, dass in den letzten Jahren in der Stadt und im Kanton ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum, verbunden mit einer markanten Zunahme von Firmen, Arbeitsplätzen und von immatrikulierten Fahrzeugen zu verzeichnen war. Gleichzeitig kamen auf die Polizei neue Vollzugsaufgaben zu, die bewältigt werden müssen. Insgesamt zudem zur Kenntnis genommen werden, dass dabei die Gemeinde- und Stadtgrenzen nicht mehr scharf gezogen werden können, sondern Regionen bestehen. Betr. Antwort des Stadtrates zu Frage 8 ist darauf hinzuweisen, dass nicht nur die Polizeigesetzgebung massgebend ist. Auch das Gemeindegesetz nimmt die Gemeinden in die Pflicht. So unter § 59, wo die einzelnen Aufgaben - und das sind einige - aufgelistet werden. Hier steht unter Punkt 3 betreffend Aufgaben namentlich auch: „die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Vorbehalten bleiben Regelungen in anderen Erlassen, insbesondere im Polizeirecht.“ Dieses Polizeirecht ist das Polizeiorganisations-Gesetz. Dort wird unter § 16, Ruhe und Ordnung, Abs. 1, Folgendes festgehalten: „¹die Zuständigkeiten der Gemeinden und der Polizei im Bereich Ruhe und Ordnung richten sich nach dem Anhang „Aufgabenverteilung Kanton - Gemeinden“. (z.B. Rössliwiese: Rahmenbedingungen wie bauliche oder technische (Video, Beleuchtung, ect.) Anpassungen, Nutzungsverordnung/Regelung etc.). § 17 sagt aus, wie das geschehen kann. So u.a. durch Leistungseinkauf mit einer entsprechenden gewünschten Leistungsvereinbarung. Diese Möglichkeit wurde damals auf ausdrücklichen Wunsch der Gemeinden so aufgenommen, um ihnen Handlungsfreiheit zu geben. Wenn das geschickt gemacht wird, entsteht tatsächlich beachtliche Handlungsfreiheit für den Stadtrat. Dass dabei die eingesetzten Gelder zu einem ebenfalls beachtlichen Teil in die Stadtkasse statt wie heute in die Kantonskasse zurückfliessen würden, sei am Rande erwähnt. Letztendlich ist Sicherheit ein menschliches Grundbedürfnis und macht, wenn es irgendwie tangiert wird, rasch betroffen. Sicherheit ist eine Kernaufgabe des Staates. Er hat nämlich dafür zu sorgen, dass seine Bürger in Sicherheit leben können und somit den berechtigten Anliegen - auch wenn diese zum Teil subjektiv sind - Nach-

haltung zu verschaffen. Das wiederum ist nicht zum Nulltarif zu haben. Ebenso wenig nützt nur Prävention. Die Kombination mit Repression, also unmittelbare und nachhaltige Konsequenzen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. In diesem Sinn nimmt die CVP-Fraktion den vorliegenden Bericht inkl. dem Hinweis auf das noch zu erstellende Sicherheitskonzept des Stadtrates zur Kenntnis, das gerne bald erwartet wird.

Urs Bertschi: Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die umfassende Beantwortung der Interpellation. Die Abschaffung der Stadtpolizei hat das Sicherheitsszenario in der Stadt Zug nicht wesentlich und schon gar nicht ursächlich verändert. Vielmehr dürften zwischenzeitlich andere Faktoren dazu geführt haben, dass sich die heile Welt in Zug nicht mehr lupenrein präsentiert. Zug hat seine Zentrumsfunktion in den letzten 10 Jahren verstärkt, hat insbesondere bei den Jugendlichen während des Sommers eine überregionale Strahlkraft entwickelt. Diese Umstände haben Einfluss auf Konfliktbereitschaft und die subjektive Wahrnehmung der Sicherheit. Vor dieser Entwicklung hinkt der Ausbau der Polizeikräfte nachweislich hinterher. Der Kantonsrat hat hier die nötigen Ressourcen nicht gesprochen. So muss man sich nicht wundern, wenn die Polizei nicht mehr an allen Ecken und Enden hinreichend präsent sein kann. Auf der anderen Seite dürfte aber der vermehrte Ruf nach stärkerer Repression nicht der allein selig machende Lösungsansatz sein, wenngleich für die SP-Fraktion ein dezidiertes Einschreiten gegen Gewaltexzesse unabdingbar ist. In jedem Fall sind die personellen Ressourcen dem Wachstum anzupassen. Zur Verbesserung der Sicherheit in der Stadt Zug ist weiterhin auf Prävention, Präsenz und Repression zu setzen, wie es im Bericht steht. Nicht nur aber am See und in der Stadt, sondern auch im Strassenverkehr. Denn auch hier zeigen sich Lücken in der Sicherheit, wenn ungezügelte Fahrer mit 60 Stundenkilometern durch Wohnquartiere brettern. Wenn sich einzelne Quartiervertreter gegen hilfreiche Verkehrsberuhigungsmassnahmen sträuben, muss diesem gefährlichen Treiben eben mit regelmässigen Geschwindigkeitskontrollen begegnet werden. Auch Solches gehört zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Doch auch hier gilt: absolute Sicherheit gibt es nicht.

Philip C. Brunner: Im Rat scheint einigermaßen Übereinstimmung darüber zu bestehen, dass zwischen dem, was angestrebt wird, und dem, was man hat, eine gewisse Diskrepanz besteht. Die Bemerkung des FDP-Vertreterers wird begrüsst. Sicherheit wird mit Bestimmtheit in dem von der FDP angesprochenen Wahlkampf ein Thema sein. Deshalb beantragt Philip C. Brunner, eine Konsultativabstimmung über die Wiedereinführung einer Stadtpolizei bzw. Sicherheitspolizei (nicht Verkehrspolizei) durchzuführen.

Patrick Steinle: Es steht noch ein Sicherheitskonzept des Stadtrates aus. Vor den Sommerferien wurde die Motion für 5'000 zusätzliche Polizeistunden an den Stadtrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Die Kadenz von sicherheitspolitischen Vorstössen seitens der SVP-Fraktion versteht daher Patrick Steinle nicht ganz oder höchstens als vorgezogenen Wahlkampf. Entsprechend wird beliebt gemacht, dass sich der Rat nicht als Provinztheater versteht, zuerst die verschiedenen Vorstösse abwartet und auf eine Konsultativabstimmung verzichtet.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner, über die Wiedereinführung der Stadtpolizei (Sicherheitspolizei) eine Konsultativabstimmung durchzuführen:

Für den Antrag von Philip C. Brunner stimmen 5 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 26 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 5:26 Stimmen den Antrag von Philip C. Brunner für eine Konsultativabstimmung über die Wiedereinführung der Stadtpolizei (Sicherheitspolizei) abgelehnt hat.

Stadtrat Andreas Bossard stellt fest, dass aus Sicht des Stadtrates und des Sicherheitsdepartementes im Rahmen der Möglichkeiten überall Verbesserungen bewirkt werden. So nimmt Stadtrat Andreas Bossard auch am Sicherheitsgipfel der Agglomerationsgemeinden von Luzern teil. Die SIP in Luzern wurde in diesem Zusammenhang besichtigt. Auch das sind Möglichkeiten, um die Sicherheit in der Stadt zu verbessern. Viele Politikerinnen und Politiker haben am gemeinsamen Projekt „Gemeinsam gegen Gewalt“ teilgenommen. Dieses Projekt kann durchaus das Sicherheitsgefühl positiv beeinflussen. In diesem Jahr noch wird der Stadtrat dem GGR eine Vorlage unterbreiten. Die Erarbeitung dieser Vorlage ist nicht ganz einfach, geht es doch immer wieder um Abgrenzungsprobleme zwischen Stadt und Kanton in der Frage der polizeilichen Dienste. Gemäss Polizeigesetz ist der Kanton für die Sicherheit zuständig, die Gemeinden hingegen für Ruhe und Ordnung. Auch in den wöchentlichen Gesprächen mit der Zuger Polizei werden diese Themen behandelt und entsprechende Forderungen gestellt. Da diese Forderungen teilweise zu hoch sind für die leider ungenügenden Ressourcen der Zuger Polizei, kommt die Stadt Zug dabei nicht immer sehr gut weg.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass die **Interpellation der SVP-Fraktion betr. Sicherheit in der Stadt Zug beantwortet ist und als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden kann.**

8. Postulat von Martina Arnold, CVP, Karl Kobelt, FDP, und Philip C. Brunner, SVP, vom 9. Juni 2009 betreffend neues Alters- und Pflegezentrum Frauensteinmatt

Der Wortlaut des Postulates befindet sich auf S. 1612 f. des GGR-Protokolls Nr. 30 der Sitzung vom 30. Juni 2009.

Es liegt vor:

Bericht und Antrag des Stadtrates Nr. 2040

Stadtrat Andreas Bossard muss vorerst auf einen groben Fehler in der Vorlage aufmerksam machen: Die auf den Plänen vorliegende Lösung ist richtig. Wenn da die Betten genau gezählt werden, gehen zwar zwei Zimmer, aber keine Betten verloren. Pro Stock gibt es je zwei Doppelzimmer. In den Sommerferien sind mit dem Bau Varianten geprüft worden. Schlussendlich hat sich bei der Abfassung der Vorlage ein Zählfehler der Betten ergeben. Karl Kobelt und Martina Arnold haben diesen Fehler entdeckt und bei der Stadtverwaltung nachgefragt. Für diesen Fehler, dessen Resultat zwar erfreulich ist, möchte sich Stadtrat Andreas Bossard entschuldigen. Persönlich ist er sehr glücklich, dass zusammen mit der künftigen Nutzerin eine praktikable Lösung (Doppelzimmer im obersten Stock mit je einem Nassraum) gefunden werden konnte. Die Pflegefachleute können mit dieser Situation gut leben. Die politischen Diskussionen haben sich gelohnt. Die Lösung liegt da mit relativ bescheidenen Zusatzkosten. Es ist zu hoffen, dass diese Zusatzkosten sogar mit Vergabegewinnen wieder wettgemacht werden können.

Karl Kobelt dankt dem Stadtrat für den Bericht zum Postulat und den dazu gehörenden Antrag und auch für die soeben gewährte Transparenz bezüglich des Fehlers in der Vorlage. Die Postulanten sind zufrieden mit dem Ergebnis. Franz Akermann allerdings, der „geistige Vater“ dieses Vorstosses, hätte sich offenbar eine noch komfortablere Variante gewünscht. Karl Kobelt stellt fest, dass die Forderung der Postulanten nach Nasszellen in den Zimmern für Demenzkranke angemessen umgesetzt wurde. Im 3. Obergeschoss hat es nun eine Nasszelle für jedes Zimmer. Im 4. Obergeschoss ist jeweils eine Nasszelle für zwei Zimmer vorgesehen. In beiden Geschossen bleibt es bei insgesamt 25 Betten. Das ist gut so, auch aus finanzieller Sicht. Denn dadurch fallen keine Mehrkosten (bzw. Mindereinnahmen durch wegfallende Betten im Betrieb in der Höhe von 2x CHF 60'000.-) und keine später anfallenden Investitionen (von 2x CHF 350'000.-) an. Im Weiteren danken die Postulanten Stadtrat Bossard für die rasche Umsetzung des Postulats. Sie hat ihm und seiner Crew zusätzliche Arbeit während der Sommerzeit beschert. Details sind jetzt noch zu klären. So ist z.B. nicht klar, wo in den Zimmern die Schränke Platz finden, ob eine Fassadenänderung nötig sein wird und welche Kostenfolge das haben würde. Kritisches gibt es gleichwohl anzumerken. In der Abstimmungsvorlage Frauensteinmatt wurde die Abklärung der Nasszellenfrage in Aussicht gestellt. Ein Aufruf dieses Rats an das SUS, der GPK einen Vorschlag zum Nasszelleneinbau zu unterbreiten, verhallte dennoch ungehört. Der von Stadtrat Bossard initiierte Besuch der BPK im Alters- und Pflegeheim Chlösterli verfolgte überdies den

offensichtlichen Zweck, Ratsmitgliedern die Lösung ohne Nasszelleneinbau schmackhaft zu machen. Fakt ist somit, dass dieser Vorschlag des Stadtrates nur mit erheblichem Druck von Seiten des Rats erwirkt werden konnte. Die Postulanten begrüssen die gefundene Lösung und bitten, ihr zuzustimmen.

Martina Arnold unterstützt den Lösungsvorschlag des Stadtrats und möchte als Motionärin dem Stadtrat herzlich danken für die rasche Behandlung des Vorstosses und für die Bereitschaft, das Anliegen aufzunehmen. Die Gründe, weshalb die Motionäre Nasszellen in den Demenzzimmern wünschen, können im Vorstoss nachgelesen werden. Dass diese Forderung berechtigt ist, kann dem Brief des Vorstandes der Zuger Alzheimervereinigung entnommen werden, welchen Martina Arnold, wie an der letzten Sitzung versprochen, zukommen liess. Wahrscheinlich wurde auch der vom 18. August 2009 datierte Leserbrief von Dr. Hans-Peter Fisch in der neuen Zuger Zeitung gelesen. Als langjähriger leitender Arzt des Pflegezentrums Baar und Präsident der Schweizerischen Alzheimervereinigung hat er grosse Erfahrung in der Betreuung von Demenzkranken. Eine Aussage seines Schreibens möchte Martina Arnold nicht vorenthalten: „Im 1977 eröffneten Pflegezentrum Baar gab es in den Bewohnerzimmern keine Toiletten, was sich als klarer Nachteil erwies und glücklicherweise im 2006 eröffneten Neubau korrigiert werden konnte. Menschenwürdige Pflege soll dem alten Menschen ermöglichen, trotz Krankheit und Behinderung seine Notdurft in menschenwürdiger Weise zu befriedigen. Dazu ist eine genügende Anzahl Toiletten mit der notwendigen Privatsphäre in kürzester Gehdistanz unabdingbar. Stehen aufmerksame einfühlsame Pflegenden den Heimbewohnern bei, so können manchen Betagten erniedrigende Erfahrungen erspart werden.“ Natürlich ist es erfreulich, dass in dieser Vorlage die Anzahl Betten auf den neuen Plänen richtig dargestellt ist und nur die Erläuterungen dazu falsch sind! Somit gehen beim Einbau von Nasszellen in den Zimmern keine Betten verloren. Es können gleich viele demenzkranke Personen aufgenommen werden. Und die Mehrkosten werden tiefer sein als in der heutigen Vorlage. Nun ist zu hoffen, dass der Rat dem Lösungsvorschlag des Stadtrates zustimmen kann. Die Demenzkranken, ihre Angehörigen wie auch das Pflegepersonal werden dankbar dafür sein. Namens der CVP-Fraktion teilt Martina Arnold mit, dass der Lösungsvorschlag des Stadtrates einstimmig unterstützt wird.

Monika Mathers beantragt Diskussion.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Gegenantrag gestellt ist und somit die Diskussion als stillschweigend beschlossen erscheint.

Monika Mathers: Der Einbau von Nasszellen in jedes Zimmer einer Demenzabteilung scheint eine Glaubenssache zu sein. Es gibt da zwei verschiedene „Schulen“. Der SUS-Chef und seine Mitarbeiter sind überzeugt von der Lösung ohne eingebaute Nasszellen. Im GGR herrscht eher eine gegenteilige Meinung. Monika Mathers möchte Stadtrat Andreas Bossard und seinem Team danken, wie unbürokratisch sie auf die Wünsche des

Rates eingegangen sind und einen tragfähigen Kompromiss gefunden haben. Die Fraktion Alternative-CSP kann damit gut leben. Es bleibt zu hoffen, dass dieses Beispiel an konstruktiver Zusammenarbeit zwischen GGR und Stadtrat Schule machen wird.

Franz Akermann: Zuvor ein Wort an die bürgerlichen Motionäre bzw. Postulanten: Die rein bürgerliche Eingabe der Motion über Nasszellen in Demenzzimmern in der Frauensteinmatte war und bleibt für Franz Akermann unverständlich. Dadurch wurde er als Initiant einer überparteilichen Informationsveranstaltung vom Februar dieses Jahres zum Thema Nasszellen bewusst ausgeschlossen. Diese verletzt seine Hoffnung in den interparteilichen Dialog nachhaltig. Franz Akermann war und ist der Meinung, dass viele der in dieser Stadt einer Lösung harrenden Probleme Sachprobleme und somit nur beschränkt von der Parteifarbe abhängig sind. Gemeinsam lassen sich oft bessere Lösungen finden. Nach der gemachten Erfahrung befürchtet er allerdings, dass der von ihm angestrebte interparteiliche Diskurs nun durch einen entsprechenden smalltalk ersetzt wird. Schade! Grundsätzlich gilt es zu bedenken, dass auf der Frauensteinmatte ein Neubau für ein Alters- und Pflegeheim errichtet wird. Es geht also nicht um den Umbau einer bestehenden Heimes mit unumgänglichen Kompromissen. Ein Neubau muss zukunftstauglich sein. Wegen der vielen Unwägbarkeiten ist auch eine gewisse Grosszügigkeit angezeigt. Bestehende Normen sollten nur begründet und im Notfall verletzt werden. Dies gilt auch in Bezug auf die Einrichtungen für Demenzkranke. Der Präsident der Schweizerischen Alzheimervereinigung stellt dazu fest (Ne ZZ 18.08.2009): „In einem Neubau, der seine Aufgabe während der nächsten 30 Jahre erfüllen soll, darf weder an der Fläche noch an den sanitären Anlagen gespart werden.“ Zu allererst geht es um das Wohl der Patienten. Die gute und ausreichend dotierte Pflege ist dabei zentral. Unterstützend sind zweckmässige Einrichtungen, welche die Pflege erleichtern. Dazu gehören z.B. zweckmässige Nasszellen und Zimmergrössen, welche den Pflegeanforderungen genügen. Die Körperpflege bei pflegebedürftigen oder demenzkranke Menschen wird in den meisten Fällen betreut verrichtet, Rollstuhl und Gehbehinderungen sind einzubeziehen. In den Pflegezimmern müssen die Betten von drei Seiten zugänglich sein, z.B. müssen auch Bettenkrane einsetzbar sein. Kurz beim Neubau von Pflegeheimen sind hinreichend grosse Nasszellen und Pflegezimmer eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg. Es gilt auch zu bedenken, dass zu kleine Nasszellen und Pflegezimmer Mehrarbeit bedingen und damit auch höhere Betriebskosten, später ev. sehr teure Umbaukosten. Jetzt kann noch gehandelt werden. Der Stadtrat bringt in seiner Postulatbeantwortung, und das ist positiv zu werten, Lösungs-Vorschläge, die neu den nahen Zugang zu den Sanitäreinrichtungen ermöglichen. (Nasszellen im Zimmer). Für einen Neubau fallen hingegen zwei Aspekte negativ auf: 1.) dass die Zimmergrösse reduziert wurde auf häufig unter die 17 m² entsprechend der kantonalen Richtlinien. Und 2.) dass die zimmereigenen Nasszellen mit 3.6 m² zu klein sind für die betreute Benutzung. Zu hinterfragen ist die Anordnung mit einer gemeinsamen Nasszelle für angrenzende Zimmer. Der Vorschlag des Stadtrates für das 3.OG Variante 1 vermag nicht zu genügen, weil die Nasszellen von 2x1.6m² zu klein und schlicht unbrauchbar für die begleitete Körperpflege sind. Im DG genügt die Variante 2.2.1. bezüglich der Zimmergrösse knapp (17.1. m²) bis sehr gut (23.5 m²). Der positive Aspekte der zim-

mereigenen Nasszelle wird aber mit deren ungenügender Fläche (2x1.8m²) unterlaufen. Hier wäre allenfalls eine Optimierung der 2 Anforderungen Zimmer- und Nasszellengrösse zu prüfen. Die vom Stadtrat favorisierte Variante 2.2.2 erfüllt die Anforderung an die Zimmergrösse bei 8 Zimmern mit 15.3 - 16.2 m² deutlich nicht. Die für 2 Zimmer gemeinsame Nasszelle würde grundsätzlich in der Grösse genügen, dürfte aber gemäss Pflegesachverständigen eher unzweckmässig sein. Geschlossene Türen sollten in Demenzabteilungen möglichst vermieden werden. Die einzelne Benutzungsdauer dürfte wesentlich verlängert sein, was dann zu Problemen für den Mitbenutzer führen kann. „Machen wir endlich Nägel mit Köpfen und hören mit dem bisherigen Gebastel auf!“ Es braucht Zimmer, welche die kantonale Richtlinie erfüllen (> 17 m²) und Nasszellen, welche eine betreute Benutzung erlauben (ca. 5m²). Die Zahl der Zimmer würde damit weniger. Der Lösungsvorschlag des Stadtrates bezüglich Einbaus von Nasszellen in den Dementenzimmern des Alters- und Pflegeheimes Frauensteinmatte ist zurückzuweisen. Der Stadtrat wird beauftragt einen Vorschlag auszuarbeiten mit Zimmergrössen, welche die kantonale Richtlinien erfüllen (> 17 m²) und mit zimmereigenen Nasszellen, welche eine betreute Benutzung erlauben (ca. 5m²). Franz Akermann ersucht den Rat um Unterstützung dieses Antrages.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: An sich dürfen bei Postulaten keine Anträge gestellt werden.

Stadtrat Andreas Bossard bedankt sich für die positiven Voten. In den Sommerferien sind verschiedendste Varianten durchgespielt worden. Es hat gezeigt, dass es gar nicht so einfach ist, in den bestehenden Grundrissen die Normgrössen zu wohnen. Alle Varianten sind mit den zukünftigen Nutzern des Waldheims und der Heimleiterin abgesprochen. Die Heimleiterin ist mit der gewählten Variante sehr einverstanden. Viele Nassräume werden grösstenteils bei der Pflege geschlossen, weil oftmals die Wasserhähnen von den Patienten selber nicht bedient werden können. Bei Krankheiten sind die Pflegenden aber sehr froh, dass sie die Nassräume in naher Umgebung haben. Stadtrat Andreas Bossard stellt klar, dass nicht Pläne gezeichnet wurden, die mit dem künftigen Pflegepersonal nicht abgesprochen wurden, und ersucht den GGR, dieser Variante als Kompromiss zuzustimmen, der sehr akzeptabel ist. Die Patienten halten sich den ganzen Tag über in Aussenräumen auf. Die Grösse der Zimmer ist daher gar nicht so entscheidend. Viel wichtiger ist die Grösse der Nebenflächen für das tägliche Wohlfühlen und das abspielende Leben.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Das vorliegende Postulat stellt einen Auftrag an den Stadtrat dar. Der Stadtrat legt nun eine Lösung vor. Anträge können seitens des Rates dazu nicht gestellt werden. Dies müsste an sich in Form von neuen Eingaben erfolgen. Die einzige Möglichkeit des Rates besteht darin, zustimmend oder ablehnend Kenntnis zu nehmen.

Urs E. Meier möchte Franz Akermann etwas versöhnlicher stimmen: Ein Antrag ist schnell gemacht und auch darüber abgestimmt. Das ganze Projekt ist bereits weit ge-

diehen. Es ist daher praktisch unmöglich, noch an den Flächen „herumzubasteln“. Dadurch müsste das ganze Konzept angepasst werden. Ein bisschen schrauben da und dort geht einfach nicht.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR vom Bericht und Antrag des Stadtrates Kenntnis genommen hat, insbesondere von den zu erwartenden Mehrkosten, welche aus den zusätzlichen 18 Nasszellen bestehen. Das **Postulat von Martina Arnold, CVP, Karl Kobelt, FDP, und Philip C. Brunner, SVP, vom 9. Juni 2009 betreffend neues Alters- und Pflegezentrum Frauensteinmatt kann daher als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

9. Wirtschaftliche Sozialhilfe: Einsetzung eines Sozialinspektorats auf Mandatsbasis; Verpflichtungskredit

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2030

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2030.1

Eintreten

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass kein Nichteintretensantrag gestellt ist und somit Eintreten als stillschweigend beschlossen erscheint.

Detailberatung

Urs B. Wyss, Präsident GPK: Vorausgesetzt, dass alle Mitglieder des GGR die Vorlagen des Stadtrates und die Berichte der Kommissionen gut lesen, braucht es eigentlich keine mündlichen Erläuterungen mehr an der GGR-Sitzung. Gelegentlich rechtfertigt ein Traktandum dennoch einige einleitende Ausführungen. In diesem Sinne hier eine kurze historische Einführung: Am 23. Mai 2006 reichten Martina Arnold und Isabelle Reinhart ein Postulat zur Sozialhilfe in der Stadt Zug ein. In seiner Antwort vom 29. August 2006 (Vorlage Nr. 1903) vermittelte der Stadtrat eine breite Auslegeordnung über alle Aspekte des Themas und beschrieb insbesondere auch die breite Palette von Sanktionen im Falle von Missbräuchen, wobei er eine ausgezeichnete Darstellung der Verhältnisse im Sozialamt der Stadtverwaltung, eine gute Darstellung sämtlicher Aspekte und eine Ausführliche Darstellung der Sanktionsmöglichkeiten geboten hat. Der GGR nahm diese Antwort nach kurzer Diskussion zur Kenntnis und zeigte sich befriedigt. Am 28. Januar 2008 forderte eine Motion der SVP-Fraktion die Einsetzung eines Sozialinspektors. Mit Vorlage Nr. 1983 vom 24. Juni 2008 beantragte der Stadtrat die Nichterheblicherklärung dieser Motion. An seiner Sitzung vom 9. September 2008 erklärte jedoch der GGR – nach ausgiebiger, z.T. verwirrender Diskussion – in einer sehr knappen Abstimmung die Motion als erheblich. Am 9. Juni 2009 beantragte der Stadtrat mit der zur Diskussion stehenden Vorlage Nr. 2002 – nicht dem wörtlichen Motionsauftrag gemäss, aber mit guter Begründung – eine Lösung mit Sozialinspektionen auf einer Auftragsbasis. Tatsache Nr. 1 ist, dass es in der schönen und reichen Stadt Zug eine ganze Anzahl von sehr armen Leuten gibt, die auf die Sozialhilfe angewiesen sind. Die echt Bedürftigen sollen diese Sozialhilfe unbedingt erhalten! Tatsache Nr. 2 ist, dass sowohl bei den Sozialversicherungen als auch bei der Sozialhilfe Missbrauchsversuche und vollendete Missbräuche passieren. Mit seiner eindeutigen und unmissverständlichen Erklärung schon in Vorlage Nr. 1903 und wieder in Vorlage Nr. 1983, dass er den missbräuchlichen Bezug von Sozialhilfe nicht dulde, sondern mit aller Konsequenz ahnden und der Bestrafung zuführen wolle, hat der Stadtrat ein zweifellos präventiv wirkendes Signal

gesetzt. In der Tat wurde die verwaltungsinterne Kontrolle verstärkt, und die externen Kontrollen sowohl der Revisionsgesellschaft KPMG als auch der Rechnungsprüfungskommission bestätigen eine weit über-durchschnittliche „Sauberkeit“ der Sozialhilfe. Zusammen mit einer „Inspektion auf Auftragsbasis“ mit der spezialisierten Firma Sowatch dürfte die Kontrolle nach der festen Überzeugung der überwiegenden Mehrheit der GPK das höchstmögliche Niveau erreicht haben – und das zu vertretbaren Kosten! Urs B. Wyss beantragt Eintreten und Zustimmung zur Vorlage des Stadtrates, versehen mit zwei kleinen von der GPK vorgeschlagenen Änderungen in Ziff. 2 und Ziff. 3 des Beschlusses.

Werner Villiger: Die SVP-Fraktion ist nach wie vor sehr zufrieden, dass es ihr, natürlich mit der Unterstützung im GGR, gelungen ist, ihre Motion betr. Einsetzung eines Sozialinspektors erheblich zu erklären und damit der Stadtrat beauftragt wurde, eine entsprechende Vorlage auszuarbeiten. Mit dem vorliegenden Bericht und Antrag vom 9. Juni 09 ist die SVP-Fraktion nur teilweise einverstanden, vor allem die etwas einseitige Darstellung des Sozialhilfemissbrauchs, wie auch im Bericht und Antrag der GPK erwähnt, kann nicht akzeptiert werden. Grundsätzlich ist die SVP-Fraktion jedoch grossmehrheitlich mit dem Fazit des Stadtrates bezüglich Einführung eines Sozialinspektors auf Mandatsbasis einverstanden. Zu dieser Entscheidung hat auch die Debatte im Kantonsrat beigetragen, denn in der letzten Kantonsratssitzung wurde die Motion der SVP-Fraktion betr. Einführung von Sozialinspektoren, die dem Bericht des Stadtrates beiliegt, eingehend diskutiert. Der Kantonsrat hat es dabei abgelehnt, das Sozialhilfegesetz dahingehend zu ändern, dass die Gemeinden künftig verpflichtet sind, Sozialhilfe-Dossiers bei Verdacht auf Missbrauch durch Sozialinspektoren abklären zu lassen. Der Eingriff in die Gemeindeautonomie wurde als zu gravierend eingestuft. Hingegen fand das grundsätzliche Anliegen der SVP, den Sozialhilfe-Missbrauch glaubwürdig zu bekämpfen, breite Unterstützung. Es gibt schon heute Gemeinden, die bei Missbrauchsverdacht private Detekteien anstellen. Erfahrungen aus anderen Kantonen zeigen, dass Sozialinspektoren in vielen Fällen Missbräuche aufdecken, welche von den Sozialämtern weder auf der organisatorischen noch auf der methodischen Ebene bekämpft werden können. Ohne Zweifel wird dieses wichtige Instrument zum Schutze der sozialen Einrichtungen auch im Kanton Zug noch vermehrt zum Einsatz kommen. Die SVP Fraktion im Kantonsrat ist der Ansicht, dass jedoch diejenigen Gemeinden, welche Sozialinspektoren einstellen wollen, seitens des Kantons optimal unterstützt werden sollen, das heisst, der Kanton soll im Sinne von § 13 Abs. 2 (Aufsicht und Koordination) des Sozialhilfegesetzes selber Sozialinspektoren einstellen und diese den Gemeinden bedarfsgerecht zur Verfügung stellen. Um dieses Ziel zu erreichen hat die SVP Fraktion im Kantonsrat am 27. August 2009 eine Motion mit folgendem Antrag eingereicht: Der Regierungsrat wird beauftragt, ein kantonales Sozialinspektorat zu schaffen, bei welchem interessierte Gemeinden die Arbeit von Sozialinspektoren einkaufen können. Damit liegt der Stadtrat genau auf der Linie der SVP, denn Werner Villiger geht davon aus, dass die neue Motion der SVP Fraktion vom Kantonsrat umgesetzt wird und dann die Stadt Zug beim Kanton die Dienstleistungen von Sozialinspektoren einkaufen wird. Die SVP-Fraktion unterstützt somit grossmehrheitlich die Anträge der GPK.

Monika Mathers: Als vor etwas mehr als einem Jahr der sogenannte Sozialmissbrauch in der Stadt Zürich grosse Wellen warf, wurde eine spezielle unabhängige Fachgruppe eingesetzt, und alle Sozialfälle wurden untersucht. Das Resultat: nur 2,6 Prozent oder 12 Dossiers der total 473 Fälle, die beanstandet und schliesslich überprüft wurden, wiesen tatsächlich Mängel auf und hatten finanzielle Folgen für die Stadt. 10 Fälle waren in der Zwischenzeit bereits korrigiert worden. Wer diese Zahlen auf das 15 Mal kleinere Zug hinunterbricht, merkt schnell, dass die Stelle eines Sozialinspektors unverhältnismässig und viel zu teuer wäre. Darum unterstützt die Fraktion Alternative-CSP den Vorschlag des Stadtrats, die Aufgabe der Firma SoWatch zu übergeben. Sollte in Zug der finanzielle Schaden ähnlich wie in Zürich um 1 Prozent der gesamten Unterstützungsleistungen betragen, so entspräche das jährlich ca. CHF 25'000.--. Die kostengünstige Lösung mit SoWatch wird der Stadt finanziell also nichts bringen, sondern netto ca. CHF 35'000.-- kosten. Trotzdem steht die Fraktion Alternative-CSP hinter der Vorlage und ist der Meinung, dass jeder Missbrauch zu Lasten des Gemeinwesens zu bekämpfen sei. Dabei stört uns allerdings, dass gewisse Kreise in diesem Rat Missbrauch nicht mit Missbrauch gleichsetzen. Es stört die Fraktion Alternative-CSP, dass nicht schon längst laut nach Steuerdetektiven geschrien worden ist. Es besteht sicher Einigkeit im Rat, dass es genau so kriminell ist, dem Staat tausend Franken vorzuenthalten wie vom Staat tausend Franken zu viel zu beziehen. In beiden Fällen fehlen in der Kasse eben diese tausend Franken. Wenn die Steuerbeträge von nicht deklarierten Geldern auch nur 1 Prozent der ganzen Steuereinnahmen betragen würden (was niemand im Ernst glaubt) würde das für die Stadt gut CHF 2 Mio. jährlich betragen. Hier, liebe SVP, lohnt es sich zu graben, um Lorbeeren zu holen. Monika Mathers freut sich bereits auf die Motionen der SVP-Fraktion bezüglich Steuerdetektiven, die hier und vor allem im Kantonsrat eingereicht werden. Die Fraktion Alternative-CSP ersucht um Zustimmung der Vorlage betreffend Sozialinspektorat auf Mandatsbasis.

Barbara Hotz: Auch die FDP-Fraktion unterstützt den Antrag der GPK. Dennoch sei noch kurz ein neuer Punkt in die Diskussion eingebracht: Diese Vorlage zeigt für die FDP-Fraktion einmal sehr deutlich auf, welche Problematik entsteht, wenn bei der Frage der Erheblicherklärung einer Motion Diskussionen zum Thema zugelassen werden. Es ist davon auszugehen, dass bei der Erheblicherklärung dieser Motion an der September-Sitzung im Jahre 2008 von einigen GGR-Mitgliedern eine der diskutierten Varianten als erheblich erklärt wurde und nicht die von der SVP ausdrücklich geforderte Variante der „Einsetzung eines Sozialinspektors“. Es ist kaum anzunehmen, dass die Mehrheit im Rat tatsächlich eine Stelle schaffen wollte. Der aufgezeigten Problematik sollte inskünftig wieder vermehrt die nötige Aufmerksamkeit geschenkt werden, so dass Motionen nicht abgeändert werden und nur wortwörtlich erheblich oder nicht-erheblich erklärt werden.

Martina Arnold: Auch diese Vorlage ist für die CVP-Fraktion erfreulich. Wir danken dem Stadtrat für seinen ausführlichen Bericht, in dem er zwei Möglichkeiten der Sozialinspektion aufzeigt: auf Basis Festanstellung und auf Mandatsbasis. Die CVP-Fraktion be-

fürwortet einstimmig die empfohlene Lösung des Stadtrates, die Auftragserteilung auf Mandatsbasis. Die Festanstellung eines Sozialinspektors für die kleine Stadt Zug scheint übertrieben und unverhältnismässig und aufgrund des prognostizierten Arbeitspensums von 16% wirtschaftlich unvernünftig. Jedoch begrüsst die CVP-Fraktion die Zusammenarbeit mit der vom Stadtrat vorgeschlagenen Firma SoWatch. Angeblich wurde diese bereits von anderen Städten und Gemeinden beauftragt und hat somit Erfahrung im Bereich von Sozialhilfemissbrauch. Den Antrag der GPK, die Befristung des Beschlusses mit präzisen Jahreszahlen anzugeben, findet die CVP-Fraktion gut. So wird sichergestellt, dass nach zwei Jahren die Nützlichkeit und Wirksamkeit der Sozialinspektion auf Mandatsbasis beurteilt wird. Einen kantonalen Sozialinspektor, der den einzelnen Zuger Gemeinden bedarfsgerecht zur Verfügung stehen soll, wie dies die kantonale SVP in einer Motion fordert, will die CVP-Fraktion nicht. Schon gar nicht, wenn dieser bei der Sicherheitsdirektion angegliedert ist! Eine Sozialinspektion auf Mandatsbasis ist für die Stadt Zug die bessere, unabhängigere und wohl auch kostengünstigere Lösung. Zum Schluss möchte Martina Arnold es nicht unterlassen, der städtischen SVP für ihre Motion zur Einsetzung eines Sozialinspektors zu danken. Zwar wollte der Stadtrat diesen Vorstoss nicht erheblich erklären. Doch dank dem Stichentscheid der Ratspräsidentin Isabelle Reinhart wurde er doch überwiesen. Noch eine letzte Bemerkung: Sozialhilfe bei einer ausgewiesenen Notlage ist unbestritten. Es besteht aber auch die Pflicht zur wirksamen Kontrolle, ob die Sozialhilfe zu Recht beansprucht wird. Dies liegt im Interesse der gesamten Bevölkerung, einschliesslich der Sozialhilfebeziehenden!

Manuel Brandenburg zitiert § 42a der Geschäftsordnung, wonach das Motionsbegehren zwei Jahre nach der Erheblicherklärung zu erfüllen ist. Das erheblich erklärte Motionsbegehren der SVP-Fraktion lautete wie folgt (Zitat): „Die SVP-Fraktion fordert den Stadtrat deshalb auf, auch für die Stadt Zug die Stelle eines Sozialdetektivs zu schaffen, um den Missbräuchen in der Sozialhilfe einen Riegel zu schieben. Dabei fordert die Fraktion der Schweizerischen Volkspartei, dass der Sozialdetektiv nicht dem Sozialdepartement, sondern dem Finanzdepartement unterstellt wird, um die Trennung zwischen Geld sprechendem Sozialarbeiter und einem Sozialinspektor institutionell, konsequent und gründlich zu vollziehen.“ (Zitatende). Der Rat hat selber gesehen, was angerichtet wurde. Es besteht eine erheblich erklärte Motion, die vom Stadtrat eigenmächtig abgeändert wurde. Das geht nach Meinung von Manuel Brandenburg nicht, obwohl das gemacht und heute gebilligt wird. Dagegen kann man nichts tun. Es sei nur der Klarheit halber festgestellt: grossmehrheitlich war die Fraktion nicht der Ansicht, dass diese Vorlage so beschlossen werden kann, sondern mehrheitlich (3:1 Stimmen). Manuel Brandenburg selbst war an der Fraktionssitzung leider nicht anwesend, sonst hätte es eine 3:2 Situation gegeben. Das ist nach Manuel Brandenburg's Sprachegebrauch nicht grossmehrheitlich.

Susanne Giger: Da soll der Stadtrat in der gleichen GGR-Sitzung Rede und Antwort stehen, was er betreffend Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Finanzpolitik und das Budget 2009/10 zu tun gedenkt. Gleichzeitig soll er verpflichtet werden, für einen Sozialinspektor auf Mandatsbasis einen jährlich wiederkehrenden Kredit von

CHF 60'000.-- zu sprechen. Das Sozialamt hat zwar das Controlling gut im Griff. Trotzdem erhofft man sich durch Ausspionieren von Sozialhilfebezügern eine Einsparung von einigen hundert Franken. Da ist das Kosten-/Nutzenverhältnis in ziemlicher Schiefelage. Auch ist das Ganze im Hinblick auf die Verursacher der Finanzkrise und auf die Menschen, die am meisten darunter zu leiden haben, mehr als zynisch. Der Rat hat also jetzt die Gelegenheit, auf einen Streich für dieses Jahr gute CHF 30'000.-- und für die folgenden Jahre CHF 60'000.-- zu sparen. Das wird die Wähler sicher freuen.

Stadtrat Andreas Bossard: Der Stadtrat ist nach wie vor mit der bisherigen Praxis, Einsetzung auf Mandatsbasis, einverstanden und strebt sie weiterhin an. Nur dort, wo ein ungutes Gefühl oder ein Missbrauchsversuch festgestellt wird, sollen die Detektive eingesetzt werden. In der heutigen Zuger Zeitung schreibt Finanzdirektor Hegglin im Rahmen des Steuermissbrauchs rund um das Bankgeheimnis Folgendes: (Zitat): „In der Schweiz besteht in aller Regel eine Kultur des Vertrauens des Staates gegenüber der eigenen Bevölkerung“ (Zitatende). Diese Aussage sollte auch gegenüber den Sozialhilfebeziehenden gelten. Regierungsrat Hegglin schreibt zwar „in der Regel“. Das heisst, dass jene, die sich nicht an die Regel halten, mit besonderen Massnahmen geahndet werden müssen. Im heutigen Fall eben mit den Detektiven auf Mandatsbasis, die immer nach Bedarf eingesetzt werden. Letzte Woche wurde erneut ein entsprechender Auftrag erteilt. Ein Missbrauch wird nicht geduldet, er schadet den 99%, welche ihre Aufgabe fair und gut erledigen. Falls der Kanton eine Lösung anbietet, wird die Stadt Zug prüfen, ob ein Einkauf in Erwägung gezogen werden soll. Stadtrat Andreas Bossard glaubt aber nicht, dass dies der Kanton tut. Sozialhilfe ist Gemeindeaufgabe. Der Kanton wird sich hüten, in die Kompetenz der Gemeinden einzugreifen, schon aus finanziellen Gründen.

Beratung des Beschlussesentwurfes:

Zu Titel und Ingress sowie zu Ziff. 1 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Ziff. 2:

Abstimmung

über den Antrag der GPK, die in Ziff. 3 stehende Befristung in Ziff. 2 zu integrieren:
Für den Antrag der GPK stimmen 27 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 3 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 27:3 Stimmen den Antrag der GPK gutgeheissen hat. Ziff. 2 gilt so als beschlossen.

Ziff. 3:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: In Ziff. 3 entfällt aufgrund des gutgeheissenen GPK-Antrages in Ziff. 2 der zweite Satz. Da hierzu keine Wortmeldungen erfolgen, erklärt Ratspräsidentin Isabelle Reinhart Ziff. 3 so als beschlossen.

Zu Ziff. 4 und 5 wird das Wort nicht verlangt.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart erklärt so beschlossen.

Schlussabstimmung

In der Schlussabstimmung stimmt der GGR mit 28:4 Stimmen dem Antrag des Stadtrats bzw. der GPK zu.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Der Stadtrat beantragt, die Motion als erfüllt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

Abstimmung

über den Antrag des Stadtrates, die Motion der SVP-Fraktion als erfüllt abzuschreiben:
Für den Antrag des Stadtrates stimmen 29 Ratsmitglieder, dagegen stimmen 3 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR mit 29:3 Stimmen den Antrag des Stadtrats gutgeheissen hat. Die **Motion der SVP-Fraktion zur Einsetzung eines Sozialinspektors ist erfüllt und kann als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben werden.**

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1504
betreffend Einsetzung eines Sozialinspektorats auf Mandatsbasis, Verpflichtungskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2030 vom 9. Juni 2009:

1. Zu Lasten der Laufenden Rechnung 2009, Konto 31898/2000, Dienstleistungen Dritter, wird für die Sozialinspektion zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs auf Mandatsbasis ein Verpflichtungskredit von CHF 30'000.00 bewilligt.
2. Zu Lasten der Laufenden Rechnung, 31898/2000, Dienstleistungen Dritter, wird in den Jahren 2010 bis 2012 zur Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs auf Mandatsbasis ein jährlich wiederkehrender Verpflichtungskredit von CHF 60'000.00 bewilligt. Dieser Betrag wird jährlich ins Budget aufgenommen.
3. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft.
4. Dieser Beschluss wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

10. Übertritt der städtischen Lehrpersonen in die Pensionskasse der Stadt Zug; Anpassung des Pensionskassen- und des Personalreglements

Es liegen vor:

Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2031

Bericht und Antrag der GPK Nr. 2031.1

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Gemäss § 55a der GSO sind allgemein verbindliche Gemeindereglemente zweimal zu beraten. Für die beiden Reglemente wird also eine zweite Beratung nötig sein. Heute wird somit in erster Lesung beraten.

Eintreten

Philip C. Brunner beantragt, aufgrund der Wichtigkeit dieses Geschäftes das Traktandum auf die nächste Sitzung zu verschieben.

Urs B. Wyss, Präsident GPK, stellt einen Gegenantrag. Es kann auch an der 2. Lesung nochmals scharf geschossen werden.

Abstimmung

über den Antrag von Philip C. Brunner, Traktandum 10 heute nicht mehr zu behandeln und auf die nächste Sitzung zu verschieben, gegenüber dem Antrag von Urs B. Wyss, das Geschäft heute noch zu behandeln:

Für den Antrag von Philip C. Brunner stimmen 16 Ratsmitglieder, für den Gegenantrag von Urs B. Wyss stimmen 15 Ratsmitglieder.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt fest, dass der GGR den Antrag von Philip C. Brunner mit 16:15 Stimmen gutgeheissen und den Gegenantrag von Urs B. Wyss abgelehnt hat. Traktandum 10 wird daher heute nicht mehr behandelt.

11. Motion Fraktion Alternative-CSP vom 27. Februar 2008 betreffend 170 günstige Wohnungen
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2044 vom 25. August 2009
12. Postulat von Manuel Brandenburg, SVP, vom 7. April 2008 betreffend Entfernung der Verkehrsschikanen und Wiedereinführung der Busbuchten auf der Zugerbergstrasse
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2037 vom 23. Juni 2009
13. Interpellation Philip C. Brunner, SVP, betreffend Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Finanzpolitik und das Budget 2009/2010 der Stadt Zug
Antwort des Stadtrats Nr. 2035 vom 23. Juni 2009
14. Interpellation der SVP-Fraktion zur Zone Tempo 30 im Röteli
Antwort des Stadtrates Nr. 2034 vom 16. Juni 2009
15. Interpellation von Astrid Estermann, Alternative-CSP, vom 6. Juli 2009 betreffend Engagement der PR Agentur Nestro AG für die Abstimmungsbroschüre der Stadt Zug
Antwort des Stadtrates Nr. 2038 vom 11. August 2009
16. Interpellation Manuel Brandenburg, SVP, vom 3. August 2009 betreffend 1. August-Redner in der Stadt Zug, Dr. Oswald Sigg
Antwort des Stadtrats Nr. 2039 vom 11. August 2009

Diese Traktanden werden aufgrund der bereits vorgerückten Zeit auf die nächste Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 29. September 2009 verschoben.

17. Mitteilungen

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die Kleine Anfrage Patrick Steinle namens der Fraktion Alternative-CSP zum Dach von Stadion und Scheibenhaus am 23. Juni 2009 vom Stadtrat schriftlich beantwortet und dem GGR per Post zugestellt wurde. Insbesondere wurde nun die Frage 2 beantwortet, weil die Fragen 1 und 3 bereits mündlich vorgängig im Rat beantwortet worden waren.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stellt den zeitlichen Beginn der nächsten Ratssitzung, welche am Michaelstag stattfindet, zur Diskussion. Vorgesehen ist, nebst den heute nicht mehr zur Beratung gelangten Geschäften auch die Geschäftsordnung und einzelne weitere Vorlagen zu behandeln.

Patrick Steinle stellt einen Ordnungsantrag: Der GGR als Gemeindeparlament der Stadt Zug, dessen Namenspatron St. Michael ist, sollte diese Tradition hochhalten und die Sitzung an diesem Tag nicht stattfinden lassen.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart: Die Terminplanung für den GGR wurde letztes Jahr allen Fraktionen zugestellt. Es folgten damals dagegen keine Einwendungen. Es geht jetzt also nicht mehr um das Datum, sondern nur noch um den Zeitpunkt des Beginns.

Manfred Pircher ersucht, über den Ordnungsantrag von Patrick Steinle abzustimmen.

Cornelia Stocker: Solange die Traktandenliste nicht bekannt ist, kann auch nicht entschieden werden, wann die Sitzung angesetzt werden soll. Zudem handelt es sich hier um eine Führungsaufgabe, die den Rat nichts angeht.

Ratspräsidentin Isabelle Reinhart stimmt zu und setzt den Sitzungsbeginn der nächsten GGR-Sitzung auf 14.00 Uhr fest.

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:
Dienstag, 29. September 2009, 14.00 Uhr

Für das Protokoll:
Arthur Cantieni, Stadtschreiber